



SRG SSR Wahltagsbefragung

Eidgenössische Wahlen 2019



Auftraggeber

Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft SRG SSR

Auftragnehmer

Forschungsstelle sotomo
Dolderstrasse 24
8032 Zürich

Autor/-innen:

Michael Hermann
David Krähenbühl
Gordon Bühler
Lorenz Bosshardt
Brüno Wüest

Sarah Bütikofer

Zürich, Oktober 2019



Inhaltsverzeichnis

1	Übersicht	4
1.1	Vorbefragungen und Wahlergebnis	4
1.2	Markanter Linksrutsch	5
2	Wählerwanderungen und Wechselgründe	5
2.1	Wählerwanderungen: Einseitige Mobilisierung	5
2.2	Motive der Wechselwählenden	8
2.3	Gründe für Verluste der Verliererparteien	9
3	Profil der Parteiwählerschaften	11
3.1	Erstwählende und ehemalige Nichtwählende	12
3.2	Grüne bei den Jungen klar stärkste Partei	12
3.3	Frauen wählen Grün, Männer vermehrt Grünliberal	13
3.4	Soziale Schichtung: Bildung und Einkommen	14
3.5	Selbstpositionierung im Links-rechts-Spektrum	16
4	Allgemeine Einschätzungen	18
4.1	Gegenwart und Zukunft der Schweiz	18
4.2	(Über-)korrekturwahl	19
4.3	Politisches Umfeld	21
4.4	Art des Wahlsentscheids	24
5	Wichtigste politische Herausforderungen	25
5.1	Fundamentaler Wandel der Problemwahrnehmung	25
5.2	Klima als wichtigster Faktor für Wahlsentscheid	26
5.3	Nach Parteien und politischer Position	27
5.4	Herausforderungen nach demographischen Kriterien	29
5.5	Was das neue Parlament dringend anpacken soll	31
6	Themenfokus 2019	32
6.1	Klimawahl	32
6.2	Frauenwahl	36
6.3	Anti-Lobbywahl	41
7	Einfluss der Wahl auf die Bundesratszusammensetzung	42
7.1	Mehrheit wünscht sich einen Grünen (oder grünliberalen) Bundesrat	42
7.2	FDP- oder SVP-Sitz im Fokus	43
8	Datenerhebung und Methode	45

1 Übersicht

1.1 Vorbefragungen und Wahlergebnis

Die Grüne Partei hat einen für die Schweiz historischen Wahlsieg errungen. Zusammen mit den Grünliberalen gewann das ökologische Lager über neun Prozent Wähleranteil hinzu. Weil die SP im Verhältnis zum Gewinn zu den Grünen relativ wenig verlor, gewann das rotgrüne Lager insgesamt über vier Prozent hinzu. Während das rechtsbürgerliche Lager mehr als fünf Prozent verlor. Eine derart deutliche Richtungswahl gab es in der Schweiz seit Einführung des Proporzsystems 1919 noch nie. Auch das Ausmass der Bewegung gleicht eher einem Wahltag, wie er in den parlamentarischen Mehrheitsdemokratien im europäischen Umland üblich als den typischen inkrementellen Verschiebungen des schweizerischen Systems. Wie Abbildung 1 zeigt, haben die Vorwahlbefragungen die Trendrichtung der Wahlen klar vorausgesehen, deren Ausmass jedoch unterschätzt.

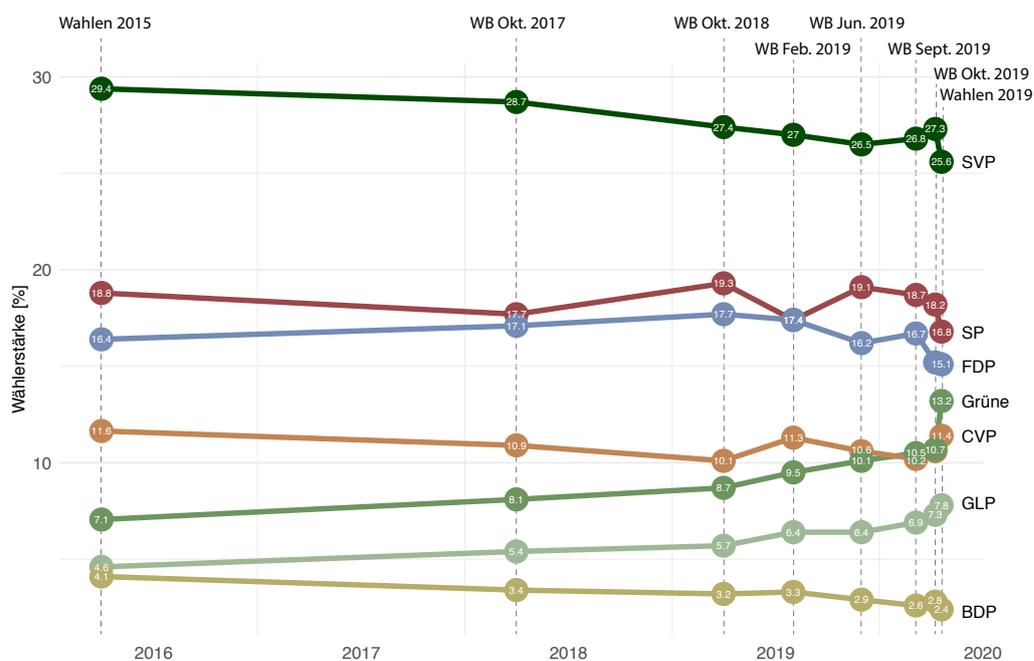


Abbildung 1: Entwicklung der nationalen Wähleranteile (Nationalratswahlen 2015 / SRG Wahlbarometer 2017 bis 2019 sowie Wahlen 2019)

1.2 Markanter Linksrutsch

Gemäss letztem Wahlbarometer wurde ein Gewinn des rotgrünen Lagers auf 3 Prozentpunkte eingeschätzt. Tatsächlich gewann dieses 4,1 Punkte dazu. Der Verlust des rechtsbürgerlichen Lagers wurde auf minus 3,3 Prozentpunkte eingeschätzt, tatsächlich verlor es 5,1 Punkte. Auch diese Darstellung zeigt die richtige Einschätzung des Trends und die Unterschätzung dessen Ausmasses.

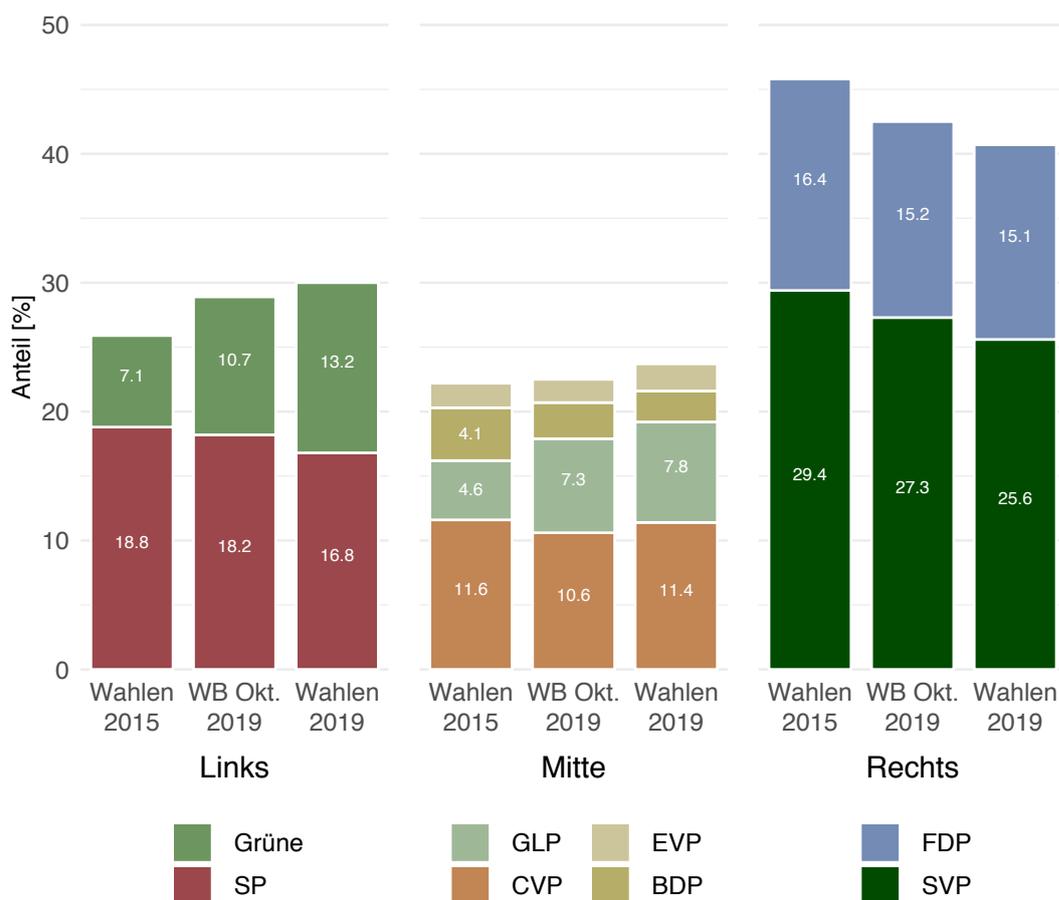


Abbildung 2: Entwicklung der Wähleranteile der drei Lager Links, Mitte, Rechts Nationalratswahlen 2015, letztes Wahlbarometer vor den Wahlen und Wahlen 2019

2 Wählerwanderungen und Wechselgründe

2.1 Wählerwanderungen: Einseitige Mobilisierung

Die Auswertung der Wählerwanderungen (Abb. 3) zeigt woher die Gewinne der Parteien stammen und wohin die Verluste gehen. Dargestellt ist jeweils der Saldo der Zu- und Abwanderung seit den letzten Wahlen. Für Gewinne und Verluste der Parteien spielen neben den Wechselwählern auch die Gruppe der Nichtwähler eine

wichtige Rolle. Die Auswertung zeigt, dass der markante Grün- und Linksrutsch bei den Wahlen vorwiegend eine Folge einer einseitigen Mobilisierung ist. Nur die Grünen und Grünliberalen weisen eine positive Bilanz gegenüber den Nichtwählenden aus – dies dafür aber in einem bemerkenswerten Ausmass. (Netto) 28 Prozent der heutigen Wählenden der Grünen und 26 Prozent der Wählenden der Grünliberalen haben an den Wahlen 2015 nicht teilgenommen. Bei einem grossen Teil davon handelt es sich um junge Erstwählende. Anders als in den Vorumfragen erwartet, gelang es jedoch der SP nicht substantziell ehemalige Nichtwähler zu mobilisieren, die nötig gewesen wären, um die Abwanderung zu den Grünen zu kompensieren. Die grüne-grünliberale Mobilisierung geht mit einer deutlichen Demobilisierung bei der SVP einher. Die gesamten Wählerverluste der SVP von 3,8 Prozentpunkte gehen in der Bilanz auf einen Verlust ehemaliger Wählenden zurück. Das heisst nicht, dass es keine Wechselwählende zwischen der SVP und anderen gibt. Die Bilanz ist jedoch ausgeglichen. Anders als das letzte Wahlbarometer zeigt die Wahltagsbefragung netto keine Abwanderung von der FDP zu den Grünen mehr. Demgegenüber ist hat sich die Bilanz in Bezug auf die Nicht-Wähler deutlich verschlechtert. Dies deutet daraufhin, dass unzufriedene FDP-Wählende des rechten Rands am Schluss eher vermehrt zuhause geblieben sind.

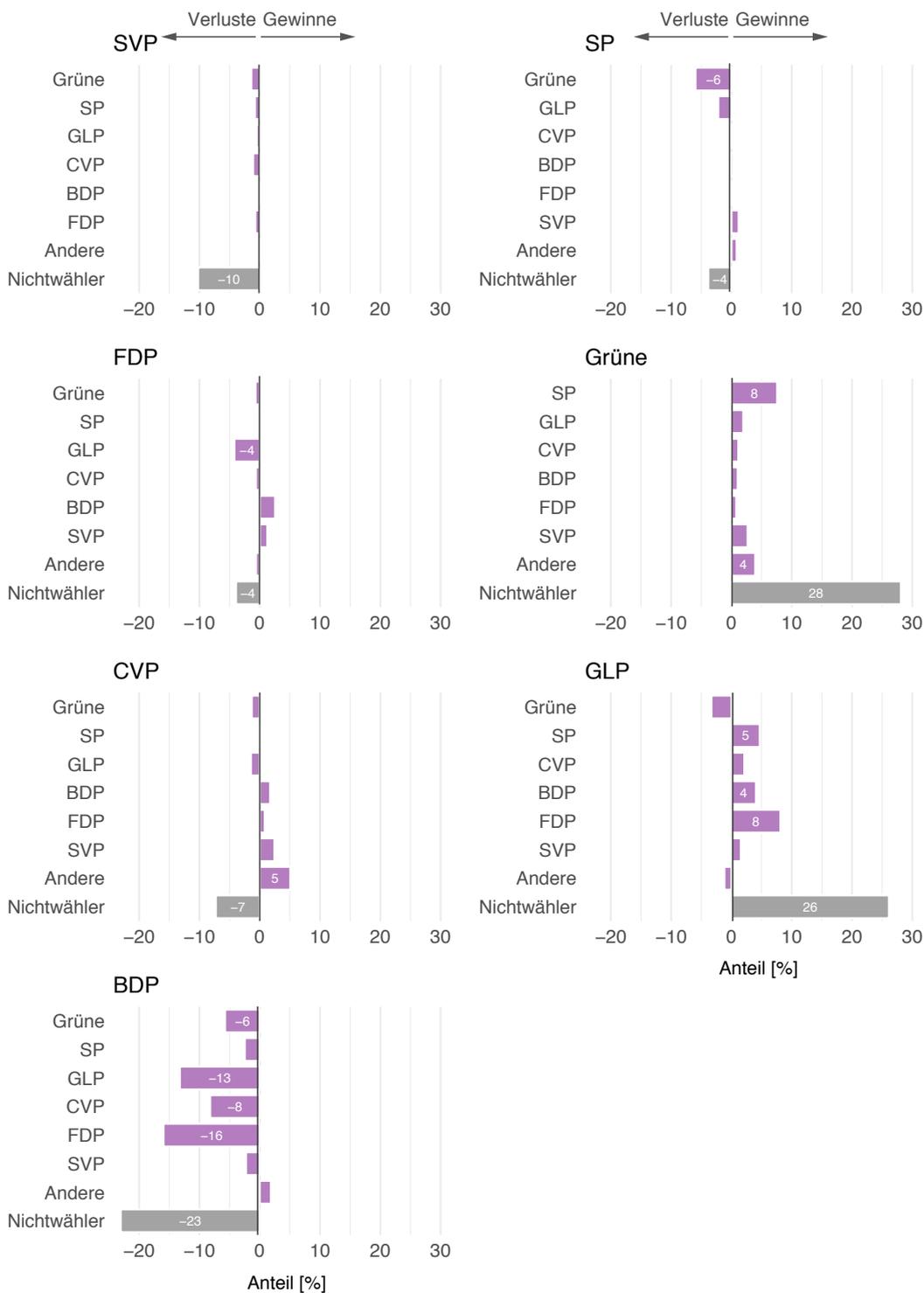


Abbildung 3: Wählerwanderungen aus Sicht der Parteien. Dargestellt ist die Bilanz der Ab- und Zuwanderungen in Prozent der aktuellen Wählenden. Lesebeispiel: Vom erwarteten Total der Wählenden der Grünen gehen 28 % auf ehemalige Nichtwähler und 8 % auf ehemalige Wählende der SP zurück.

2.2 Motive der Wechselwählenden

Wie begründen Wählende, die vor vier Jahren noch eine andere Partei gewählt hatten, ihren Parteiwechsel? Diese Frage soll zuerst aus Sicht der ehemaligen Partei beantwortet werden. Enttäuschung über diese Partei wird besonders oft von den ehemaligen Wählenden der FDP (46 %) und der SVP (44 %) genannt. Diese Enttäuschte wechseln dann oft zwischen diesen beiden Parteien hin und her. Weit weniger Enttäuschte finden sich dagegen unter den ehemaligen Wählenden der SP (22 %) und der BDP (23 %). Die Erklärung für die Niederlage dieser beiden Parteien kann offenbar nicht primär an ihrer Ausrichtung oder Politik festgemacht werden. Insbesondere bei der SP stehen mit 43 Prozent weit häufiger veränderte Prioritäten im Vordergrund. Dies deutet darauf hin, dass die Verluste der SP weniger mit einer generellen Krise der Partei zu tun haben als Ausdruck einer veränderten Prioritätensetzung eines Teils der linken Wählerschaft ist. Ähnliches gilt im Grundsatz auch für die BDP allerdings mit weit dramatischeren Folgen.

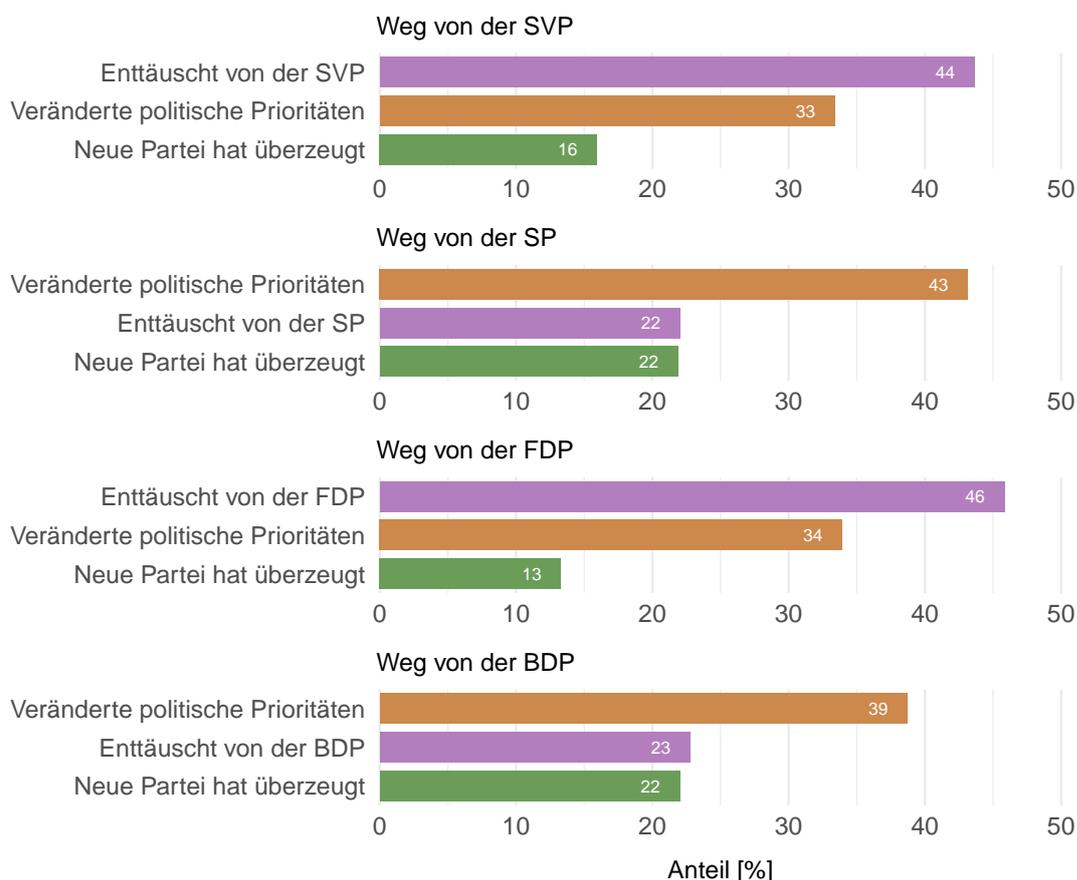


Abbildung 4: Gründe für die Wechselwahl: Verliererparteien

Wie sieht es aus Sicht der Parteien aus, die eine grössere Zahl neuer Wählenden gewonnen haben? Es erstaunt nicht, dass bei beiden Gewinnerparteien verän-

derte Prioritäten im Vordergrund stehen. Sie gewinnen Wechselwähler, weil das Klimathema an Bedeutung gewonnen hat. Bei den Grünen steht dieser Aspekt ganz klar im Vordergrund (54 %). Bei den Grünliberalen zeigt sich ein breiteres Spektrum von Gründen. Hier geben relativ viele (38 %) an, von dieser Partei überzeugt zu sein und es gibt mehr unzufriedene mit der ehemaligen Partei als bei den Grünen.

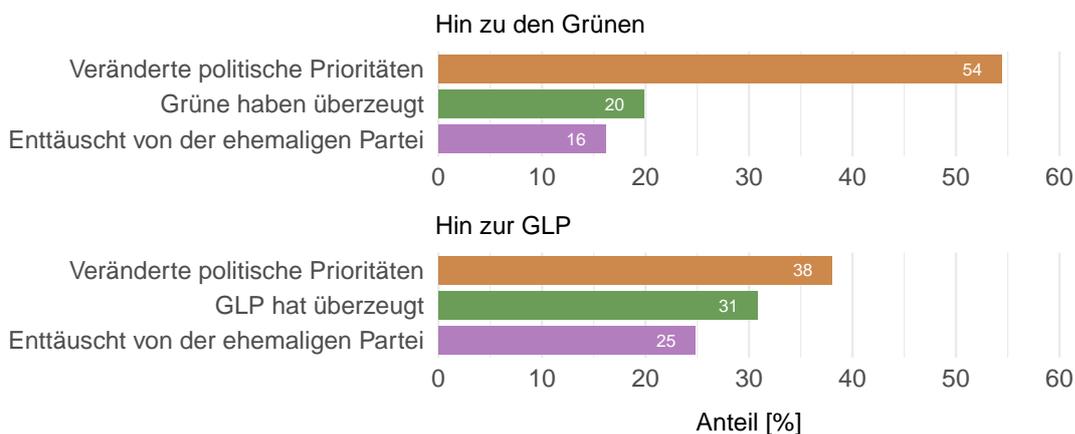


Abbildung 5: Gründe für die Wechselwahl: Gewinnerparteien

2.3 Gründe für Verluste der Verliererparteien

Nach Bekanntgabe der provisorischen Ergebnisse um 16 Uhr wurden die Befragten nach ihren Einschätzungen für die Gründe der Wählerverluste von SVP, SP, FDP und BDP gefragt. Ausgewertet ist dabei die Einschätzung aller Wählenden sowie die Einschätzung der aktuellen Wählenden der jeweiligen Partei.

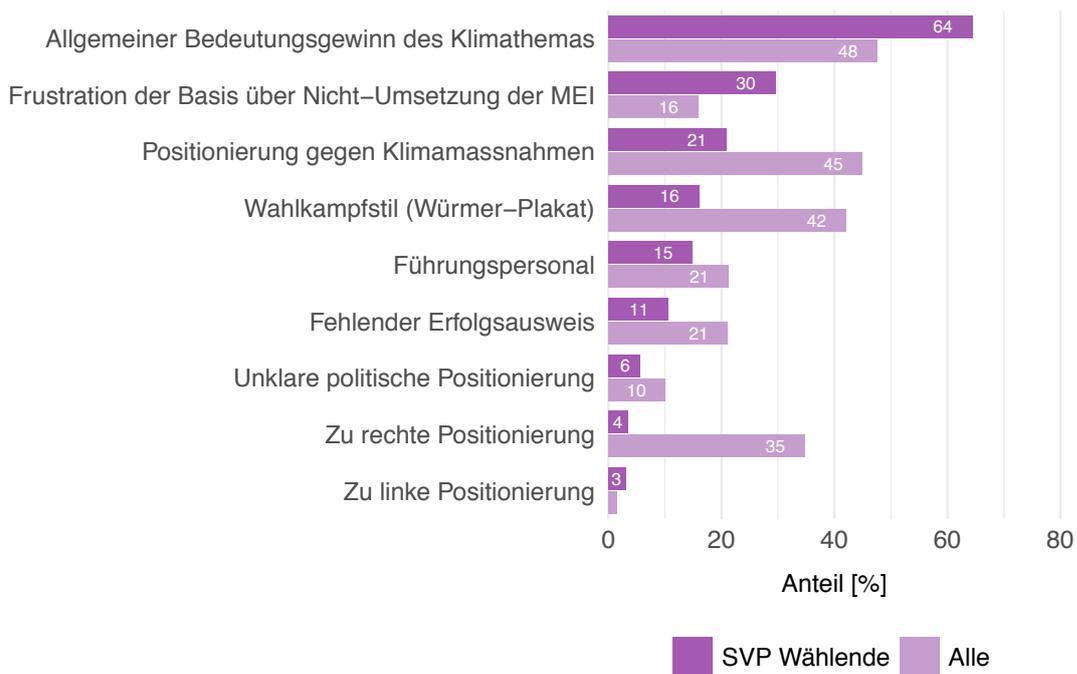


Abbildung 6: Wichtigste Gründe für die Wählerverluste der SVP – Einschätzung durch SVP Wählende und alle Wählenden

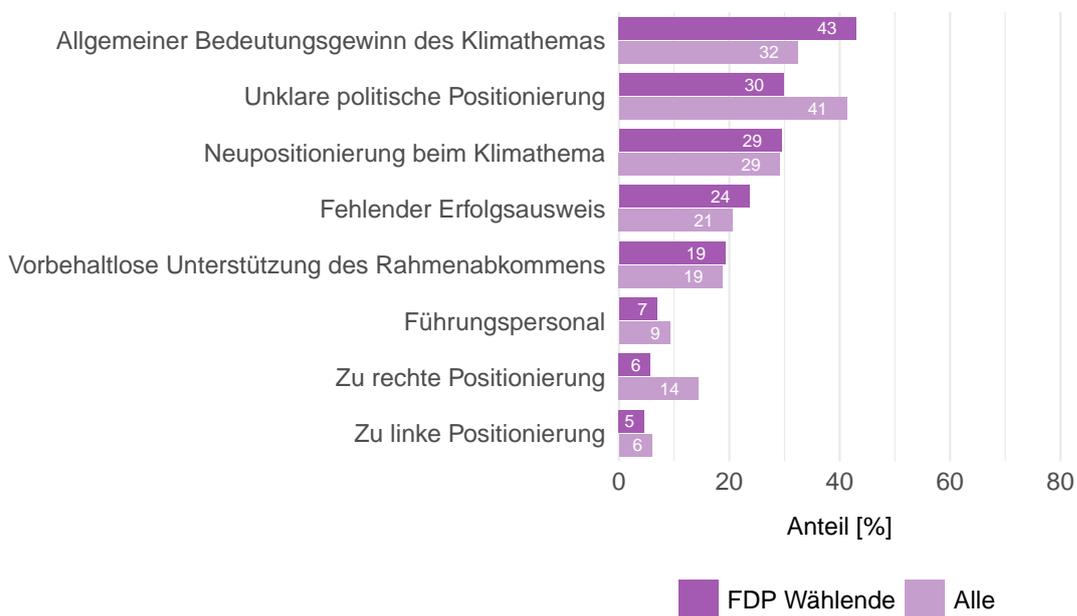


Abbildung 7: Wichtigste Gründe für die Wählerverluste der FDP – Einschätzung durch FDP Wählende und alle Wählenden

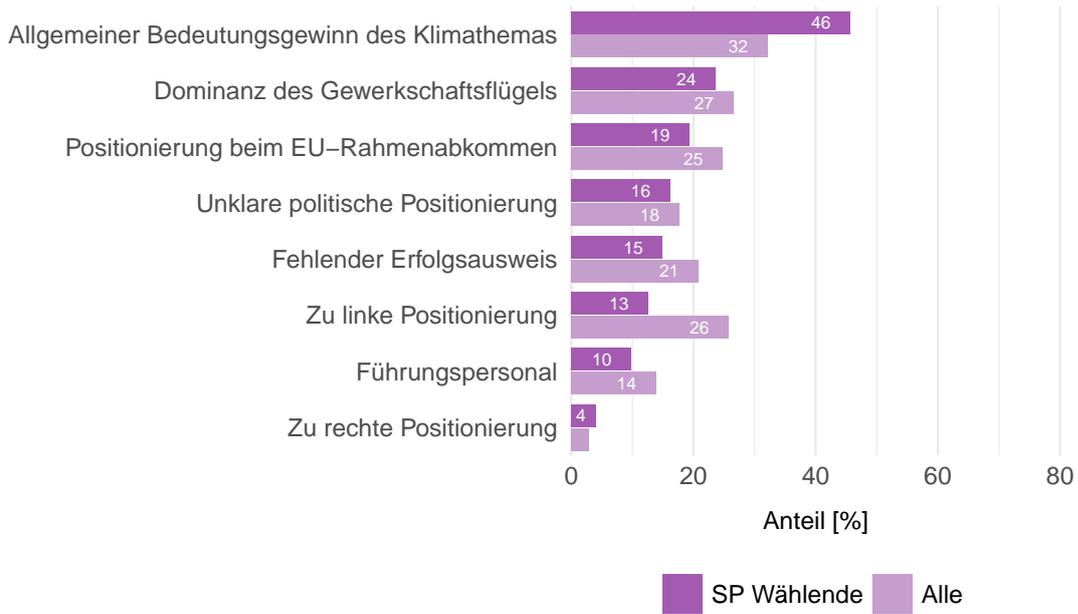


Abbildung 8: Wichtigste Gründe für die Wählerverluste der SP – Einschätzung durch SP Wählende und alle Wählenden

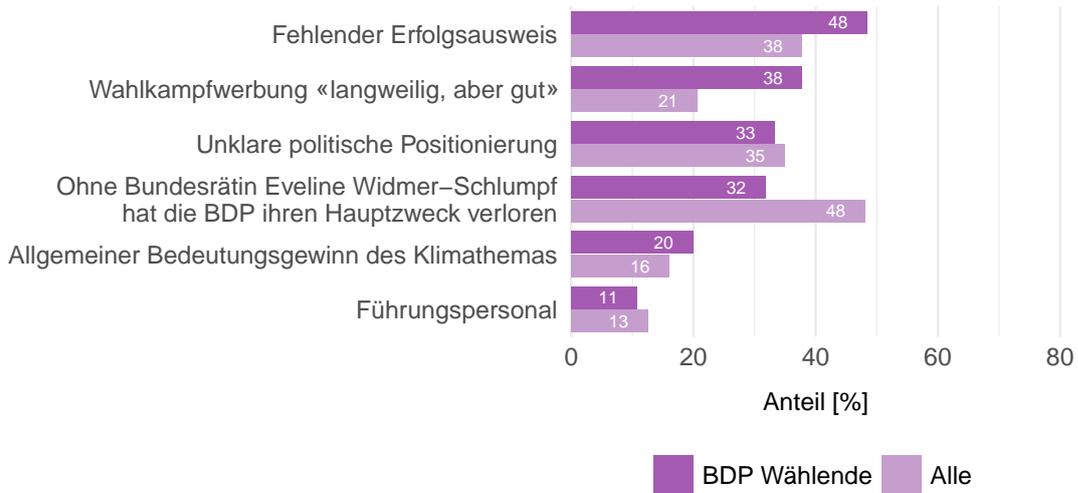


Abbildung 9: Wichtigste Gründe für die Wählerverluste der BDP – Einschätzung durch BDP Wählende und alle Wählenden

3 Profil der Parteiwählerschaften

Wer sind die Wählenden der einzelnen Parteien? Wie setzen sie sich nach demographischen und sozioökonomischen Kriterien zusammen? Wie sieht ihre ideologische Ausrichtung aus? In der Folge werden die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Wählerschaften der verschiedenen Parteien aufgezeigt.

3.1 Erstwählende und ehemalige Nichtwählende

Die folgenden Abbildungen zeigen zum einen das Wahlverhalten der Neuwählenden, die dieses Mal erstmals an der Wahl teilnehmen konnten. Zum anderen ist das Wahlverhalten ehemaliger Nichtwählender dargestellt. Dabei handelt es sich um Personen, die an der letzten Wahl zwar wahlberechtigt waren, aber nicht teilgenommen hatten. Dargestellt ist jeweils der Vergleich zur Situation von 2015. Datengrundlage hierzu bildet die Selects-Studie des FORS.

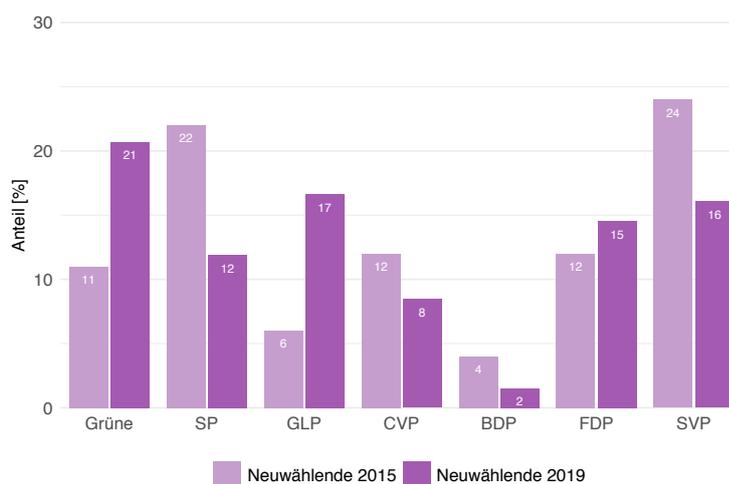


Abbildung 10: Wähleranteile von Neuwählenden

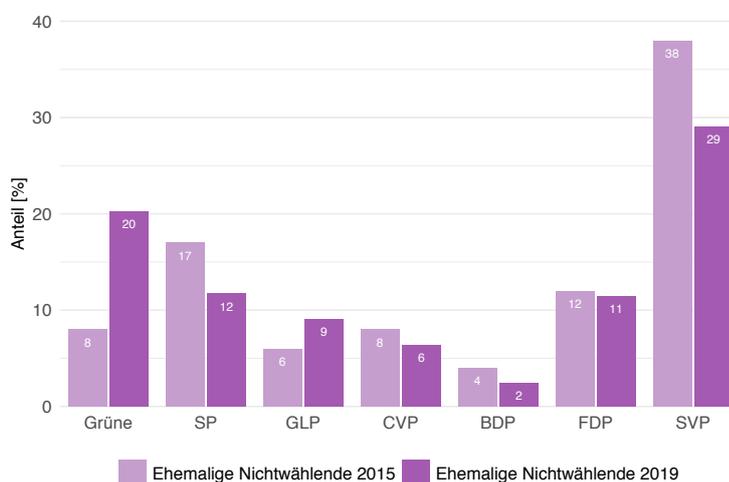


Abbildung 11: Wähleranteile von Nichtwählende

3.2 Grüne bei den Jungen klar stärkste Partei

Die Klimabewegung startete Ende 2018 als Bewegung der Jungen und die grüne Welle ist ganz wesentlich durch junge Erwachsene getragen. Bei den 18- bis

25-Jährigen liegt der Wähleranteil der Grünen bei 21 Prozent. Die Grünen sind in dieser Alterskategorie damit klar stärkste Partei. Bereits an dritter Stelle folgen (hinter der SVP) die Grünliberalen mit einem Wähleranteil von 14 Prozent. Die für schweizerische Verhältnisse massiven Verlagerungen in den Wähleranteilen, hängen wesentlich mit der demographischen Struktur zusammen. Die beiden grössten Verliererparteien SVP und SP sind zugleich die Parteien mit einem deutlich älteren Elektorat. In etwas geringerem Ausmass zeigt sich dies auch bei der FDP. Auffällig ist, dass unter den Traditionsparteien die CVP die am ausgeglichenste Altersverteilung der Wählerschaft aufweist. Die Wahlen 2019 sind damit in starkem Ausmass Wahlen einer Generationenwende.

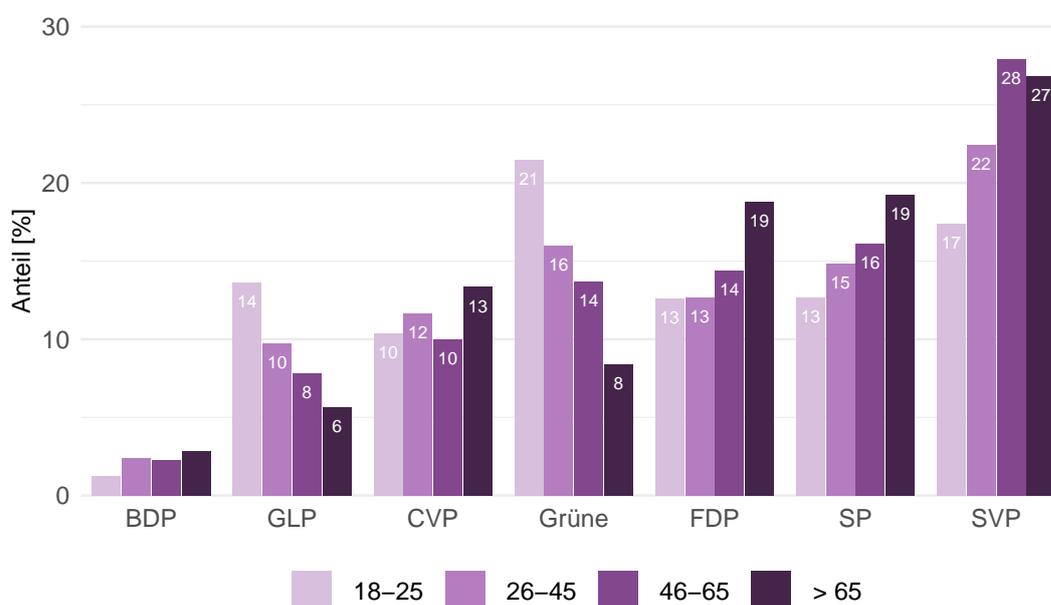


Abbildung 12: Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; nach Alter

3.3 Frauen wählen Grün, Männer vermehrt Grünliberal

Der Aufstieg der Grünen wird durch Junge getragen, aber auch durch Frauen. Während 11 Prozent der Männer Grün gewählt haben, taten dies 15 Prozent der Frauen. Wie Abbildung 13 zeigt, kommt damit jedoch vor allem die eher linke und weniger konservative Orientierung der Frauen zum Ausdruck. Sie wählen nämlich auch häufiger SP als Männer. Dafür wählen Männer vermehrt die Parteien rechts der Mitte: SBP und FDP. Auffällig ist demgegenüber, dass die zweite Gewinnerpartei, die GLP, vermehrt von Männern gewählt wird. Dies zeigt, dass es auch innerhalb des ökologischen Spektrums einen leichten Genderunterschied gibt und Männer eher zur weniger linken Variante neigen als Frauen.

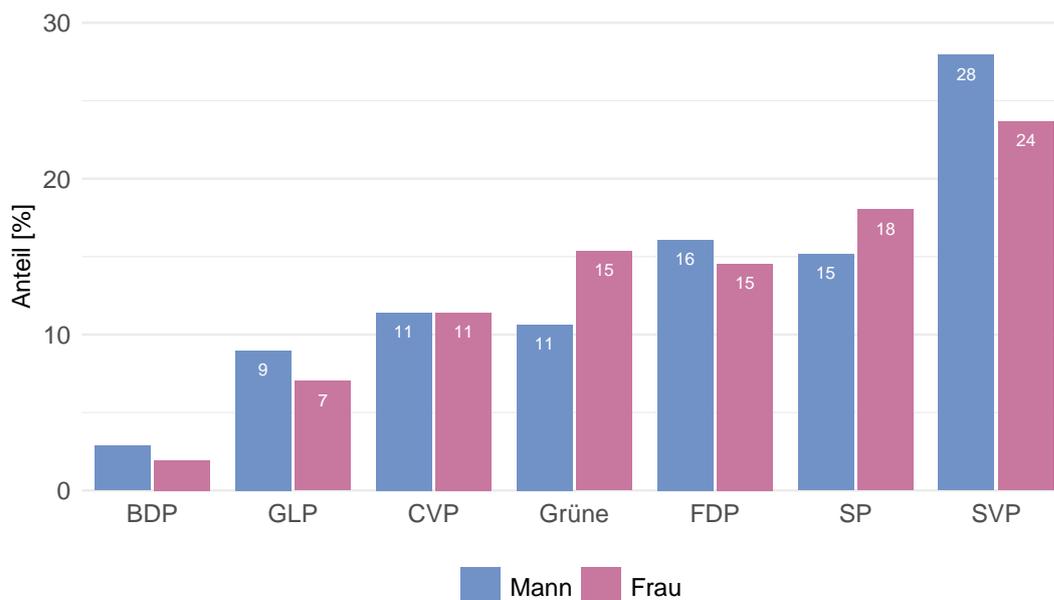


Abbildung 13: Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; nach Geschlecht

3.4 Soziale Schichtung: Bildung und Einkommen

Bildungsabschluss und Haushaltseinkommen bilden die beiden wichtigsten Merkmale der sozialen Schichtung, besonders auch in Bezug auf politische Entscheide. Die Auswertung der Profile der Wählerschaften zeigt dabei, dass diese beiden Merkmale innerhalb der einzelnen Parteiwählerschaften sehr unterschiedlich verteilt sind. Dabei zeigen die Abbildungen 14 und 15 praktisch für jede Partei eine typische Kombination von Bildungs- und Einkommensstruktur. Sehr auffällig ist, dass die Wahlgewinner dieser Wahl überdurchschnittlich stark von Gutgebildeten gewählt werden. Die Grünen sind unter den Hochschulabsolventinnen und -absolventen die stärkste Partei. Zugleich fällt aber auf, dass es bei der Wählerschaft der Grünen überdurchschnittlich viele Geringverdienende hat. Dies deutet darauf, dass es hier viele Personen in Ausbildung oder mit Teilzeitanstellungen. Auch die Grünliberalen werden vermehrt von Gutgebildeten gewählt. Im Unterschied zu den Grünen handelt es sich zugleich oft um Gutverdienende. Die Wählerschaft der FDP demgegenüber ist noch stärker durch hohe Einkommen charakterisiert, im Gegensatz zu den Grünliberalen jedoch mit einem mittleren Bildungsprofil. Die Wählerschaft der SVP ist vor allem bei Personen ohne weiterführende Bildung stark anders als die Grünen aber nicht primär bei tiefen Einkommen.

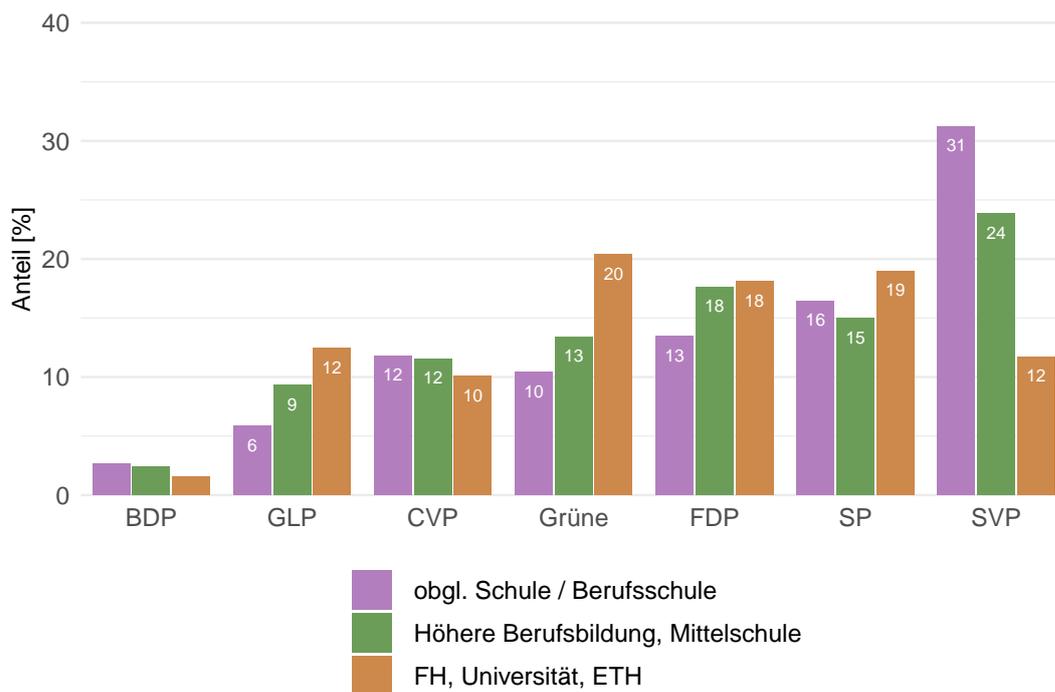


Abbildung 14: Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; nach Bildungsabschluss

Von «Cüpli-Sozialisten» war früher oft die Rede, wenn es darum ging, der SP vorzuwerfen, dass sie heute nicht mehr wie einst im Arbeitermilieu verankert sei. Die Wahlen 2019 haben auch dazu beigetragen, dass sich die SP von diesem Bild entfernt. Sie wird heute von Personen mit maximal einer Berufsbildung fast ebenso häufig gewählt wie von Personen mit Hochschulabschluss. Nicht zuletzt deshalb, weil viele davon zu den Grünen und zu einem geringeren Mass zur GLP abgewandert sind. Zugleich ist wird die SP heute vermehrt von Personen mit eher tiefen Einkommen gewählt. Die CVP schliesslich ist auch in sozioökonomischer Hinsicht im wahrsten Sinn eine Mittepartei mit einer ausgeglichenen Bildungs- und Einkommenstruktur.



Abbildung 15: Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; nach monatlichem Haushaltseinkommen

3.5 Selbstpositionierung im Links-rechts-Spektrum

Die Teilnehmenden der Befragung wurden ebenfalls gebeten, sich selber im politischen Spektrum zwischen links und rechts einzuordnen. Abbildung 16 zeigt das politische Profil der Wählenden der einzelnen Parteien. Nahezu identisch ist gegenwärtig die Selbstpositionierung der Wählenden der Grünen und der SP. Im Spektrum zwischen links (-3) und rechts (+3) positioniert sich das Elektorat der beiden Parteien bei -1,6. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums ist die durchschnittliche SVP-Anhängerschaft minim weiter rechts positioniert und zwar bei 1,8.

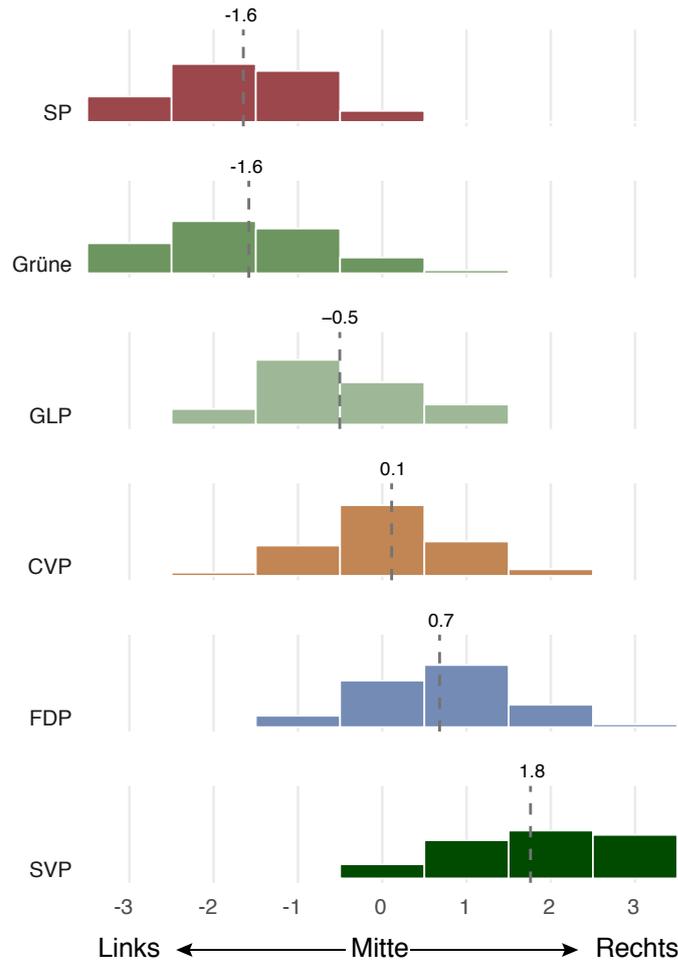


Abbildung 16: Verteilung der Wählenden der Parteien im Links-rechts-Spektrum

Rechts der Mitte und doch deutlich weniger rechts als die Wählerschaft der SVP findet sich jene der FDP. Ihre mittlere Position liegt bei 0,7. Fast spiegelbildlich dazu, jedoch etwas stärker eingemittet, findet sich die durchschnittliche Position der Wählerschaft der Grünliberalen mit -0,5. Praktisch in der Mitte positionieren sich die typischen Wählenden der CVP (0,1).

4 Allgemeine Einschätzungen

4.1 Gegenwart und Zukunft der Schweiz

Die eidgenössischen Wahlen 2019 fanden vor dem Hintergrund eines stabilen wirtschaftlichen Umfelds statt. Dies kommt auch in den Einschätzungen der Teilnehmenden an den Wahlen zum Ausdruck. 68 Prozent sind eher oder sehr zufrieden mit der aktuellen wirtschaftlichen Lage der Schweiz. Nur 10 Prozent sind eher oder sehr unzufrieden. Die Wählerschaft von FDP, CVP und GLP zeigt sich dabei insgesamt etwas zufriedener mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als jene von SP, Grünen und SVP.

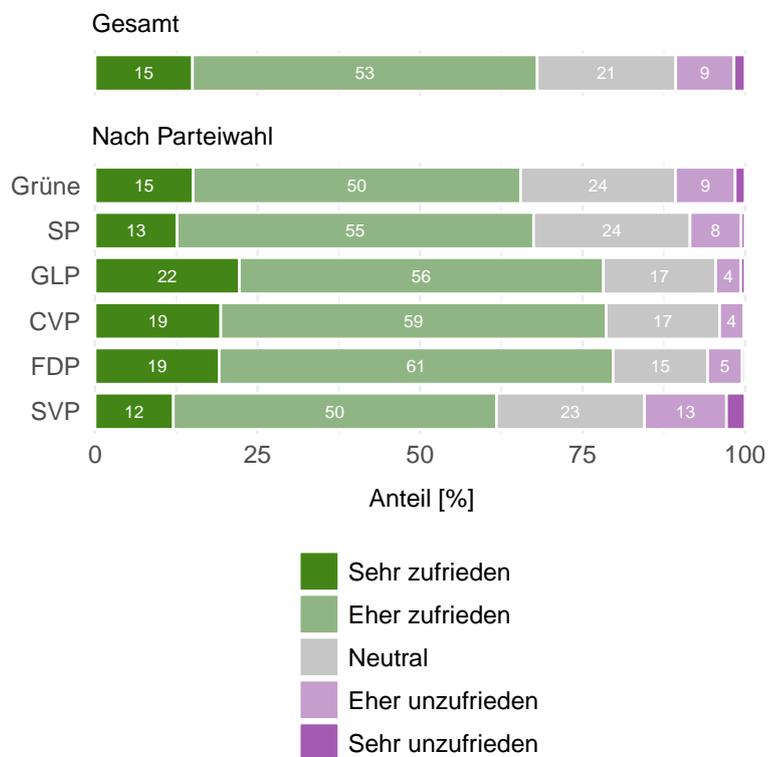


Abbildung 17: Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit der aktuellen wirtschaftlichen Lage der Schweiz?

Zur positiven wirtschaftlichen Einschätzung gesellt sich eine verbreitete optimistische Sicht auf die nähere Zukunft in der Schweiz. Fast zwei Drittel sind sehr oder eher optimistisch bezogen auf die Zeitspanne der nächsten Legislatur. Eine Ausnahme davon bildet allerdings die Wählerschaft der SVP: Hier schätzt eine Mehrheit von 55 Prozent die Zukunftsaussichten eher pessimistisch ein. Die Wählerschaft aller anderer Parteien hat ein vorwiegend positives Zukunftsbild.

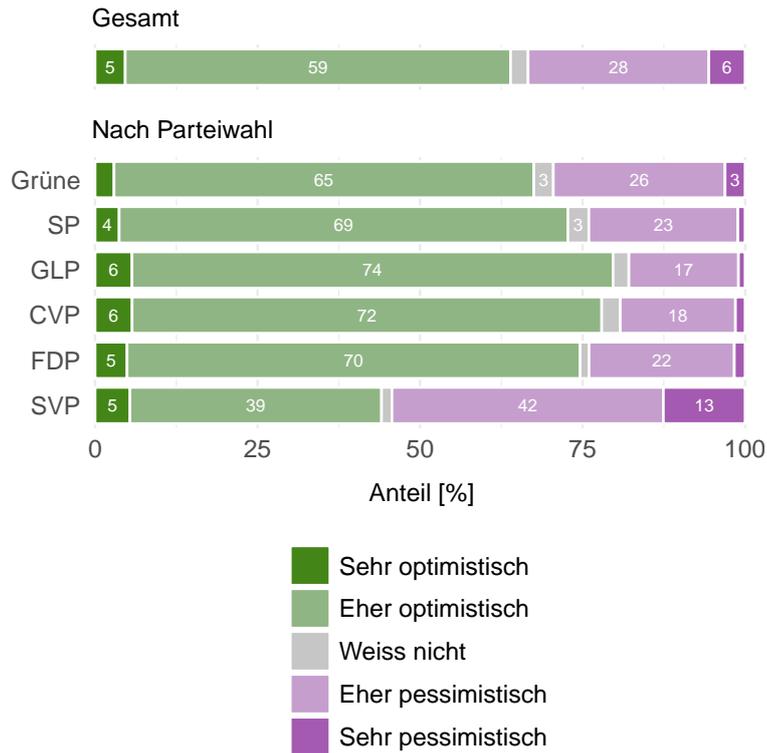


Abbildung 18: Wie sehen Sie die nähere Zukunft – etwa die nächsten vier Jahre – für die Schweiz?

Das stabile wirtschaftliche Umfeld und eine verbreitete optimistische Einschätzung der nahen Zukunft in der Schweiz bilden einen Rahmen, für eine Wahl, die zu einem für schweizerische Verhältnisse unüblichen Rutsch in der Parteienlandschaft geführt hat.

4.2 (Über-)korrekturwahl

Ein Faktor für den deutlichen Linksrutsch im Nationalrat ist die Einschätzung der politischen Ausrichtung des bisherigen Rats. Fast die Hälfte der Teilnehmenden an der Wahl sind der Ansicht, dass der Nationalrat in seiner alten Zusammensetzung zu rechts positioniert ist. Entsprechend kann die aktuelle Wahl auch als Korrekturwahl angesehen werden.

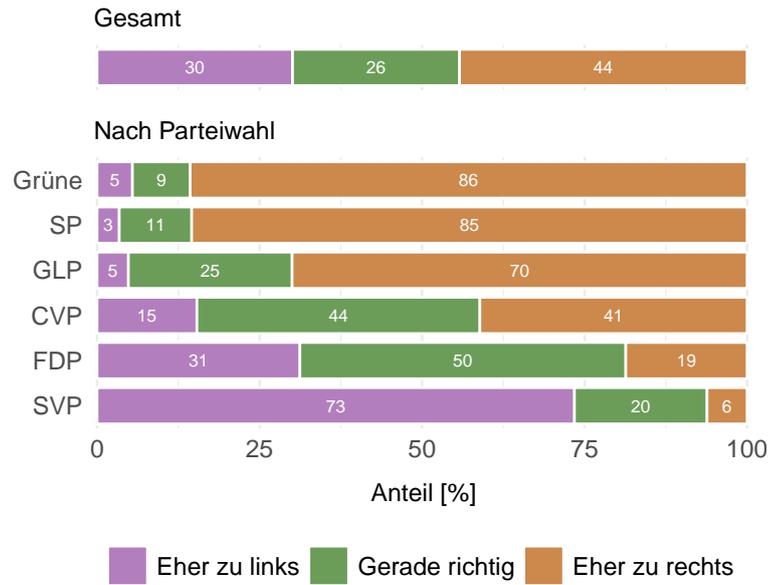


Abbildung 19: Beurteilung der politischen Ausrichtung des bisherigen Nationalrats – nach Partei

Nach Bekanntgabe der provisorischen Ergebnisse (am Sonntag um 16 Uhr) wurden die Befragten gefragt, wie sie denn die Zusammensetzung des neuen Nationalrats beurteilen. Dabei zeigt sich ein bemerkenswertes Resultat. 44 Prozent der Wählenden, die diesen Rat soeben gewählt hatten, sind der Ansicht, dass dessen Ausrichtung nun zu links sei. D.h. exakt gleichviele, die zuvor angegeben hatten, der alte Rat sei zu rechts. Dies deutet darauf hin, dass die Wählenden, zumindest unter dem ersten Eindruck der Resultate, die Wahl offenbar tendenziell als Überkorrektur einschätzen.

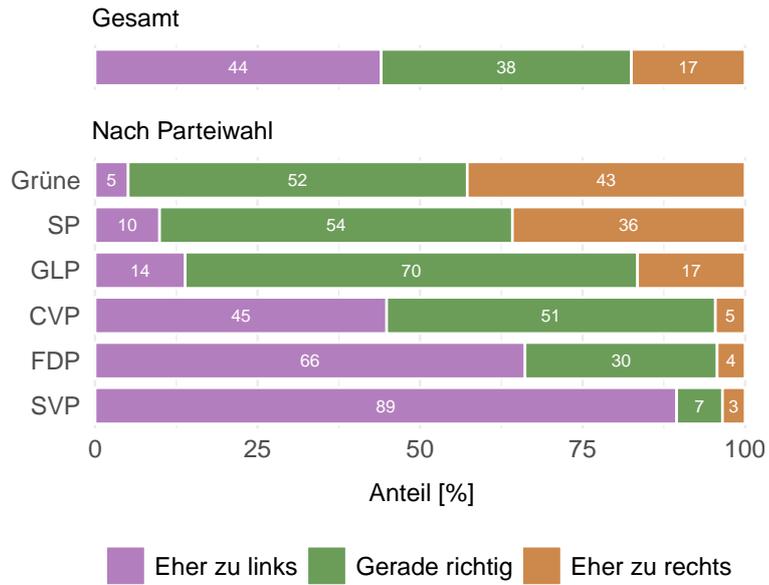


Abbildung 20: Beurteilung der politischen Ausrichtung des neu gewählten Nationalrats – nach Partei

4.3 Politisches Umfeld

Uneinig sind sich die Wählenden darüber, wie stark sich das Wahlergebnis überhaupt auf die Politik auswirkt (vgl. Abb. 21). Fast die Hälfte der befragten Wählenden ist folgender Ansicht: «Egal wie die Wahlen ausgehen, Bundesrat und Parlament machen eh, was sie wollen.» Auffällig ist hier, dass die Wählenden der SVP häufiger der Ansicht sind, dass die Politik eh macht was sie will und sich nicht an den Wahlentscheid hält. Hierbei findet sich eine zentrale Erklärung für die markante Demobilisierung bei der SVP.

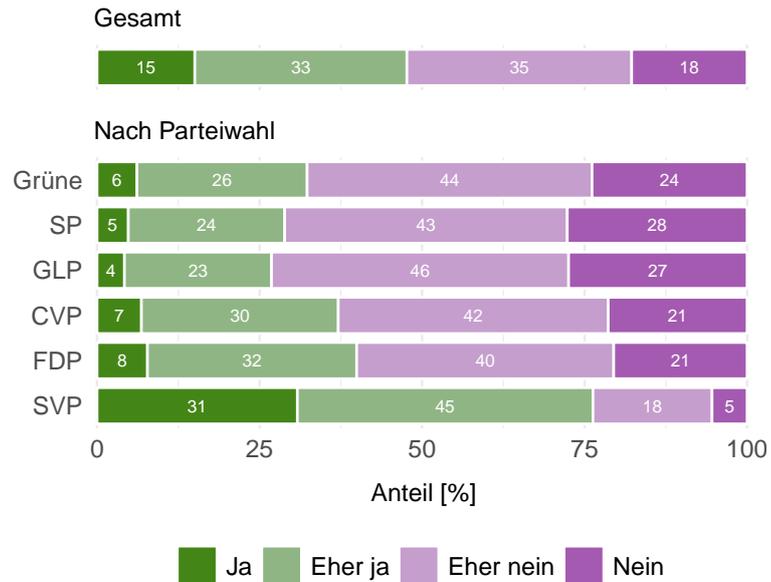


Abbildung 21: Stimmen Sie der folgenden Aussage zu? «Egal wie die Wahlen ausgehen, Bundesrat und Parlament machen eh, was sie wollen.»

Zwischen den Parlamentswahlen 2015 und heute wurde Donald Trump Präsident der USA und die Brexit-Abstimmung hat stattgefunden. Haben sich diese auch in der Schweiz stark rezipierten ausserpolitischen Phänomene allenfalls auf die politische Dynamik in der Schweiz ausgewirkt? Mehr als ein Drittel der Wählerinnen und Wähler ist der Ansicht, dass diese Faktoren den rechten Parteien in der Schweiz eher geschadet haben. Weniger als die Hälfte davon ist der Ansicht, dass sie ihnen eher genützt haben. Der grössere Teil ist allerdings der Ansicht, dass sie keinen Einfluss auf den Wahlausgang in der Schweiz haben.

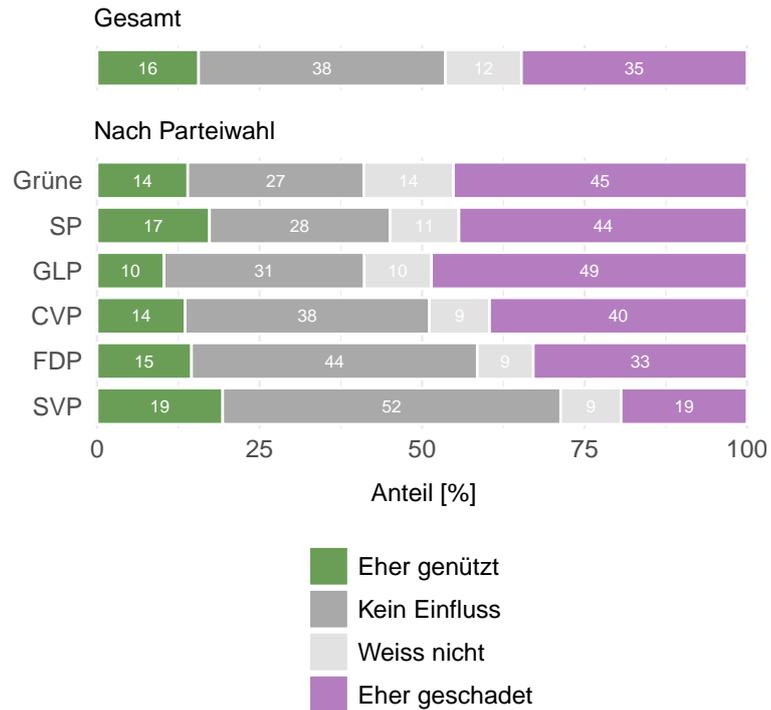


Abbildung 22: Was ist Ihre Einschätzung: Haben die Erfahrungen mit Brexit und Präsident Trump den rechten Parteien in der Schweiz genützt oder geschadet?

Insbesondere im Kontext der Online-Kampagne der CVP, die auf die politische Konkurrenz zielte, wurde im Wahlkampf 2019 über genanntes Negative Campaigning gesprochen und dessen Nutzen wurde diskutiert. Zumindest die Einschätzung der Befragten ist dabei eindeutig: 63 Prozent sind der Ansicht, solche Methoden schaden der Partei, welche sie einsetzt. Nicht einmal jeder oder jede zehnte Befragte ist der Ansicht, solche Methoden nützen.

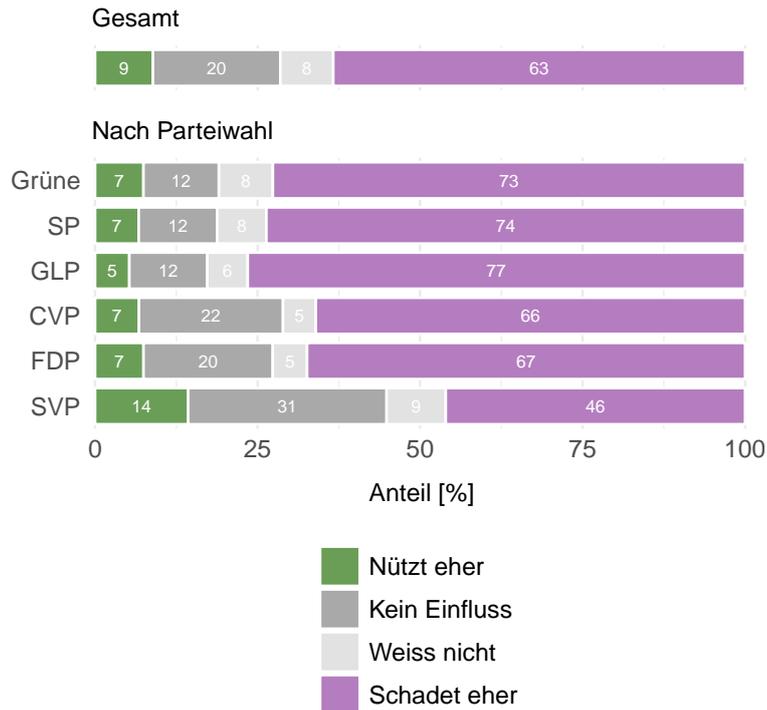


Abbildung 23: Was ist Ihre Einschätzung: Nützen oder schaden Wahlkampfmethoden, die direkt auf den politischen Gegner zielen, der jeweiligen Partei?

4.4 Art des Wahlentscheids

Die Hälfte der Wählenden gibt an, dass ihr Wahlentscheid aus voller Überzeugung gefällt wurde. Es erstaunt nicht, dass die grösste Begeisterung bei der Siegerpartei, den Grünen zu finden ist: 63 Prozent der Wählenden der Grünen sagen, dass sie die Partei aus voller Überzeugung gewählt hätten. Insgesamt 30 Prozent geben an, dass sie eine Partei aus Mangel an Alternativen gewählt hätten. Dabei zeigt sich ein deutlicher Links-rechts-Gegensatz. Bei den Wählenden von SVP und FDP geben je 37 Prozent an, die Partei bloss aus Mangel an besseren Alternativen gewählt zu haben. Bei SP und GLP sind es nur rund ein Viertel. Bei den Grünen sogar nur 12 Prozent. Auffällig ist, dass klar am meisten Wählende der GLP angeben, diese Partei gewählt zu haben aus dem Bedürfnis nach etwas Neuem.

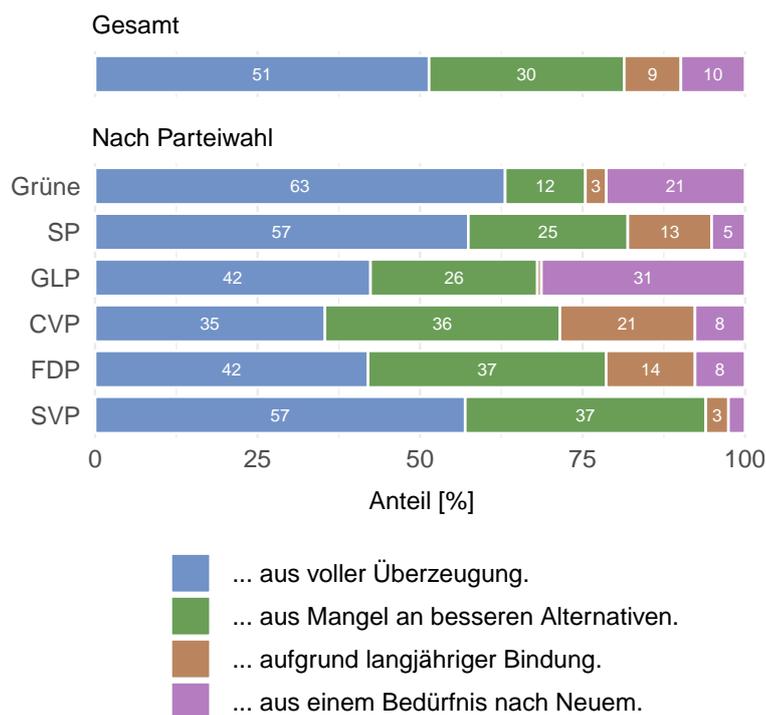


Abbildung 24: Art des aktuellen Wahlentscheids

5 Wichtigste politische Herausforderungen

5.1 Fundamentaler Wandel der Problemwahrnehmung

Ein herausragendes Merkmal der Wahlen 2019 besteht in einem fundamentalen Wandel des thematischen Umfelds im Vergleich zu den Wahlen davor. Dies zeigt sich eindrücklich im Vergleich der politischen Herausforderungen, die damals¹ und heute von den Wählenden als erste Priorität betrachtet wurde (vgl. Abb. 25). 2015, auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise, sahen 42 Prozent im Themenbereich Ausländer, Zuwanderung die wichtigste Herausforderung überhaupt. Vier Jahre später tun dies gerade noch 11 Prozent. Der Klimawandel stand im Vorfeld der letzten Wahlen so wenig im Fokus der Öffentlichkeit, dass er nicht als eigene Kategorie geführt wurde, sondern unter Umwelt subsumiert war. Damals nannten nur gerade 7 Prozent den Umweltbereich als wichtigste Herausforderung. Bei der aktuellen Wahl wird Umwelt inkl. Klima von 27 Prozent an erster Stelle genannt. Dies ist zwar viel mehr als 2015, aber dennoch ist das Umweltthema aus Sicht der Wählenden nicht so dominant wie es das Migrationsthema vor vier Jahren war. Der Themenbereich der Sozialversicherungen (Krankenversicherung, AHV) wird mit 28 Prozent sogar noch etwas häufiger genannt. Der massive Gewinn

¹Die Werte von 2015 beruhen auf der Wahltagsbefragung, die sotomo für Tamedia durchgeführt hatte.

der ökologischen Parteien überdeckt, dass von Dreiviertel der Wählenden der Umweltbereich nicht als die grösste politische Herausforderung für die Schweiz genannt wird. Der leichte Rückgang der Wahlbeteiligung seit 2015 mag ebenfalls damit zusammenhängen, dass das Top-Thema von 2015 die Wählenden noch mehr beschäftigt hat als das Top-Thema von 2019.

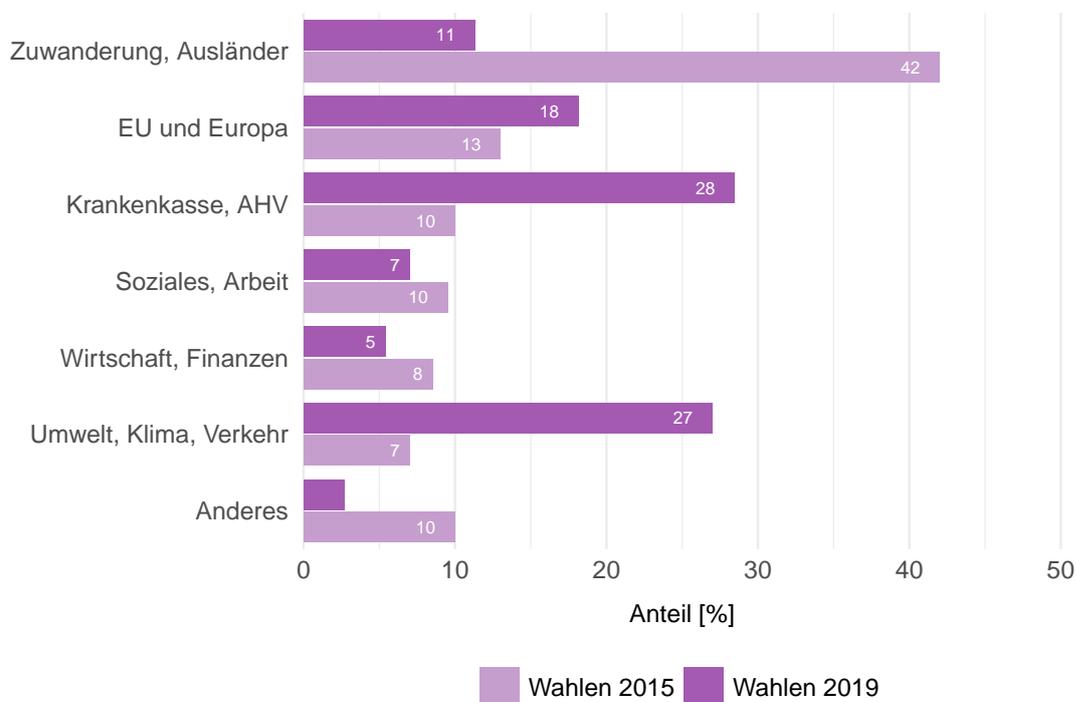


Abbildung 25: Wichtigste politische Herausforderung – 2015 und 2019 im Vergleich

5.2 Klima als wichtigster Faktor für Wahlentscheid

Es erstaunt nicht, dass die Klimathematik den wichtigsten Faktor für den Wahlentscheid bildet. 25 Prozent der Wählenden geben an, dass dieses Thema relevant war für ihren Wahlentscheid. Weitere 14 Prozent zählen es zu den drei wichtigsten Herausforderungen, ohne dass es relevant war für den Wahlentscheid. Die hohen Krankenkassen werden insgesamt von etwas mehr Wählenden als eine der grossen Herausforderungen gesehen. Sie waren jedoch nur bei 15 Prozent ein Faktor für ihren Wahlentscheid. Die hohen Krankenkassenprämien stellen zwar für viele eine finanzielle Belastung dar, sie eignen sich aber offenbar nicht als Wahlkampfthema, weil sie nicht so gut für eine grosse, emotionale Erzählung wie die Flüchtlinge von 2015 oder eben das Klima von 2019 instrumentalisiert werden können. In Abbildung 26 sind die 16 den Befragten zur Auswahl vorgelegten Herausforderungen dargestellt. Obwohl die Migrationsthematik im Vergleich zu 2015 stark an Bedeutung verloren hat, war diese dennoch am zweithäufigsten relevant für den Wahlentscheid (jedoch insgesamt nur die fünftwichtigste Herausforderung). Der

relative Aufstieg der Migrationsthematik ist vor allem eine Folge davon, dass die Beziehungen zur EU und die Krankenkassenprämien im Vergleich zu den letzten Wellen des Wahlbarometers an Bedeutung verloren haben.

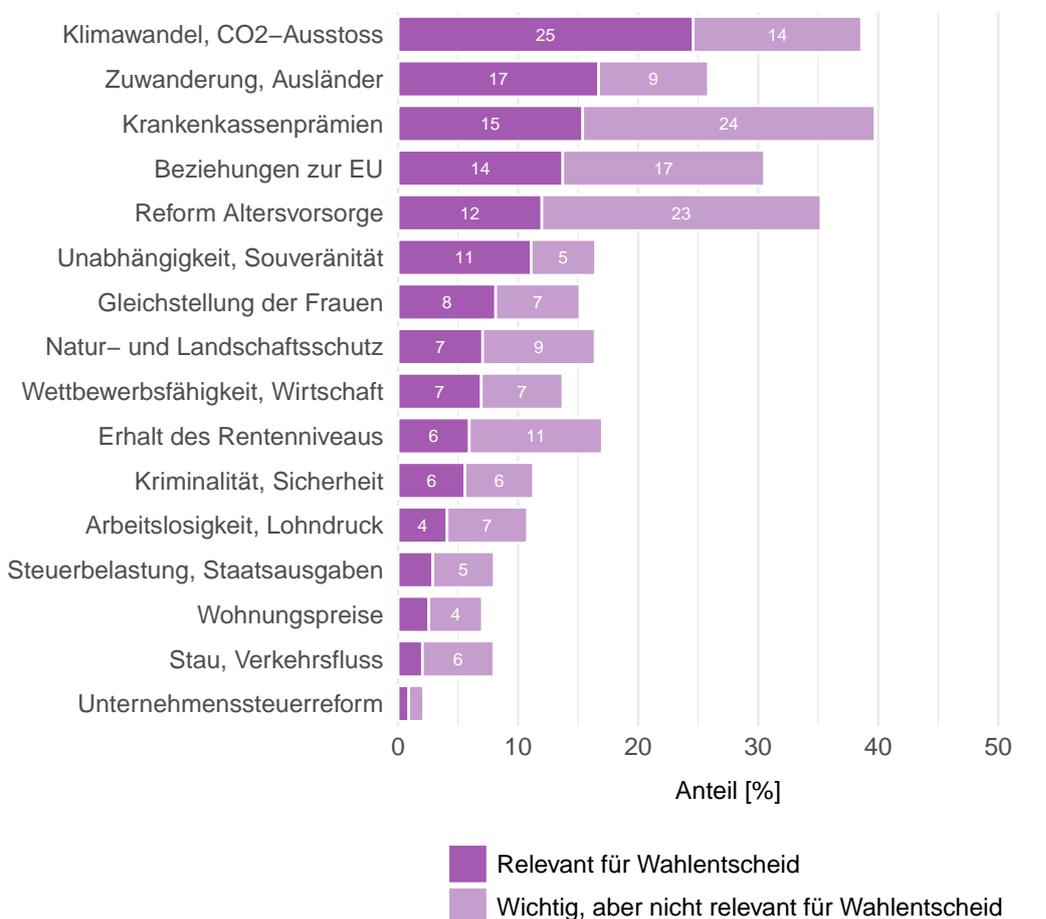


Abbildung 26: Wichtigste politische Herausforderungen nach Relevanz für Wahlentscheid

5.3 Nach Parteien und politischer Position

Wie beurteilen die Wählenden der verschiedenen Parteien die Wichtigkeit der Herausforderungen für ihren Wahlentscheid? Abbildung 27 zeigt für die sieben grössten Parteien die jeweils sechs relevantesten Themen für den Wahlentscheid. Ganz stark überragt das Klimathema bei den Grünen und den Grünliberalen alle übrigen politischen Herausforderungen. Zudem steht bei den Grünen der Natur- und Landschaftsschutz an zweiter Stelle, bei der GLP an dritter Position. Die Fokussierung auf Umweltthemen hat im Verlauf des Jahres insbesondere bei der GLP-Wählerschaft markant zugenommen. Das heisst, es ist auch hier primär die grüne Parteifarbe, welche eine besondere Anziehungskraft entwickelt. Bei der SVP-Wählerschaft hat seit Anfang Jahr der Themenbereich «Unabhängigkeit,

Souveränität› an Dringlichkeit verloren. Dafür liegt der Fokus wieder stärker beim Ausländerthema. Offenbar haben die Wahlkampagnen also dazu geführt, dass die Basis der GP, GLP und SVP ihre Partei jeweils mit einem Hauptthema in Verbindung bringen. Im Gegensatz dazu werden SP und insbesondere FDP und CVP mit keinem eigenen dominanten Thema in Verbindung gebracht.



Abbildung 27: Wichtige und wahlrelevante Herausforderungen nach Parteiwählerschaften

Abbildung 28 zeigt die wichtigsten Herausforderungen nach Selbstpositionierung auf der Links-rechts-Skala. Von den vier Themen mit der höchsten Relevanz für den Wahlentscheid werden zwei sehr ungleich von links und rechts beurteilt. Dies ist zum einen der Klimawandel. Dieses Thema wird fast ausschliesslich von Wählenden als Top-Herausforderung bezeichnet, die sich selber politisch in der Mitte oder links einordnen. Das Gegenstück dazu ist die Ausländerthematik. Dieses Thema ist vorwiegend für Wählende relevant, die sich rechts im politischen Spektrum einordnen. Die Migrationsthematik hat aber in der politischen Mitte deutlich weniger Gewicht als das Klima.

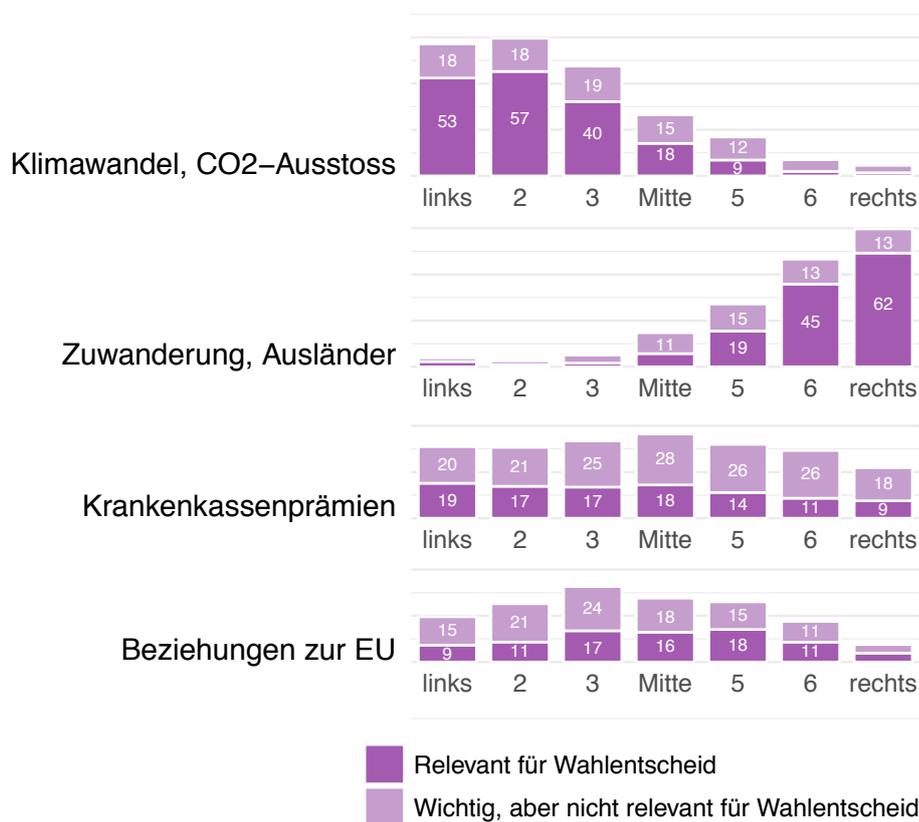


Abbildung 28: Relevanteste Herausforderungen nach Selbstpositionierung im Links-Rechts-Spektrum

Genau hier liegt der Erklärungskern für die unterschiedliche politische Dynamik in den Wahlen von 2015 und 2019. Vor vier Jahren war Migration das Top-Thema. Diese im rechten Spektrum verankerte Thematik beschäftigte die Menschen bis in die politische Mitte hinein. Heute ist mit dem Klima ein Thema top, das im linken Spektrum verankert ist. Und es ist nicht mehr die Migration, sondern das Klima, das die Menschen bis in die politische Mitte hinein beschäftigt. Wir haben damit zwei aufeinanderfolgende Wahlen mit einem ideologisch beinahe perfekt gespiegelten Themenumfeld. Diese aussergewöhnliche Konstellation macht die Wahlen 2019 zu einem Unikum. Dieses gespiegelte Kräftefeld hat zu einer, zumindest für schweizerische Verhältnisse, ungewöhnlich starken Dynamik zugunsten der Grünen und Grünliberalen geführt.

5.4 Herausforderungen nach demographischen Kriterien

Es waren Schüler und Studierende, die mit ihren Protesten seit der Jahreswende das Klimathema in die politische Öffentlichkeit getragen haben. Im Lauf des Jahres kam das Thema zunehmend auch in den anderen Altersgruppen an. Aber auch am Wahlwochenende zeigt sich der Altersgegensatz nochmals akzentuiert. Bei

den 18 bis 25-Jährigen dominiert das Klimathema weiterhin den Wahlentscheid. Für 45 Prozent von ihnen ist dieses Thema relevant für den Wahlentscheid.

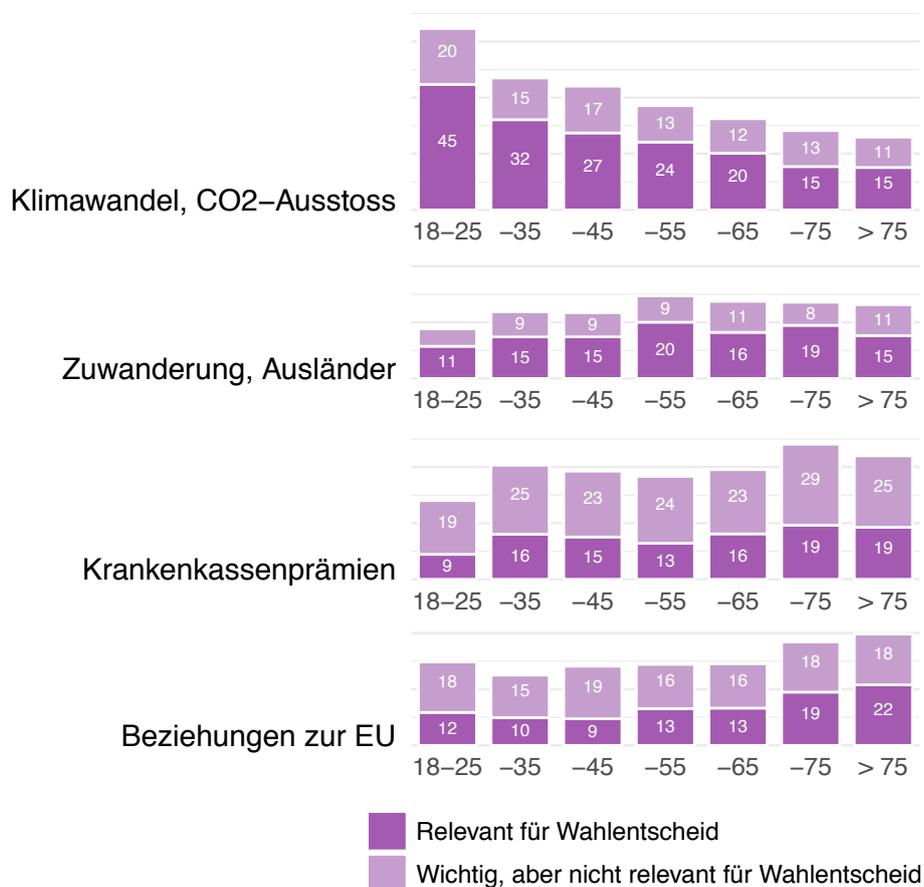


Abbildung 29: Die vier relevantesten Herausforderungen nach Alter

Demgegenüber werden die ‹Beziehungen zur EU› und in etwas schwächerer Ausprägung auch die Krankenkassenprämien tendenziell eher von Älteren als Kriterien für den Wahlentscheid herangezogen. Die Migrationsthematik spielt mit Ausnahme der unter 25-Jährigen, wo sie etwas weniger Bedeutung hat, in allen Altersgruppen eine ähnlich wichtige Rolle.

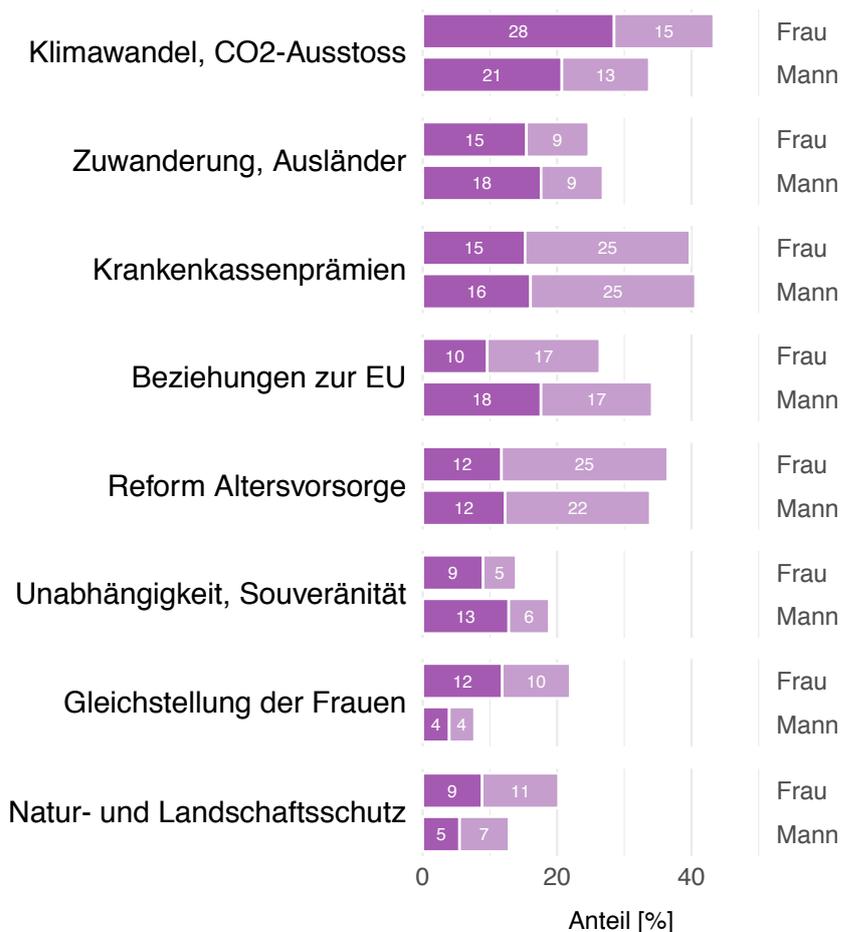


Abbildung 30: Herausforderungen nach Geschlecht

Die Klimathematik beschäftigt besonders die Jungen und sie ist für Frauen häufiger ein Faktor als für Männer. 28 Prozent der Frauen geben an, dass dieses Thema relevant ist für ihren Wahlentscheid. Bei den Männern sind es nur 21 Prozent. Bei den Männern sind die «Beziehungen zur EU» sowie die Ausländerthematik annähernd gleich wichtig für den Wahlentscheid wie die Klimafrage. Die grösste Diskrepanz zwischen den Geschlechtern zeigt sich einerseits in der Gleichstellungsfrage: Diese ist für 12 Prozent der Frauen, aber nur für 4 Prozent der Männer ein relevantes Thema für den Wahlentscheid. Andererseits bezeichnen lediglich 10 Prozent der Frauen die «Beziehungen zur EU» als entscheidungsrelevant, während 18 Prozent der Männer die «Beziehungen zur EU» als bedeutend erachten.

5.5 Was das neue Parlament dringend anpacken soll

Auch wenn das Klimathema die eidgenössischen Wahlen dominierte, es dominiert dennoch nicht alles. Geht es um die Prioritäten, welche das neu gewählte Parlament aus Sicht der Wählenden zu setzen hat, dann steht eine erfolgreiche

Reform der Altersvorsorge an erster Stelle. 48 Prozent der Wählenden sind der Ansicht, dass dieses zu einer der zwei Top-Prioritäten der neuen Legislatur zählt. An zweiter Stelle folgen mit 44 Prozent Massnahmen zur Entlastung der Krankenkassenprämien. Ein griffiges Gesetz zur Eindämmung des CO₂-Ausstosses wird von 36 Prozent als besonders dringlich eingeschätzt. Diese relativ tiefe Zahl mag erstaunen, sie zeigt jedoch, dass das Klimathema längst nicht bei der gesamten Wählerschaft dieselbe Bedeutung genießt, wie es der aktuelle Fokus erscheinen lässt.

Bemerkenswert ist ausserdem die tiefe Priorisierung des Abschlusses eines Rahmenabkommens mit der EU (30 %). Die Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung hat zwar für fast ebenso viele (29 %) eine hohe Priorität. Gleichzeitig ist aber annähernd die Hälfte (46 %) der Meinung, dass dieses Thema gar keine Priorität habe.

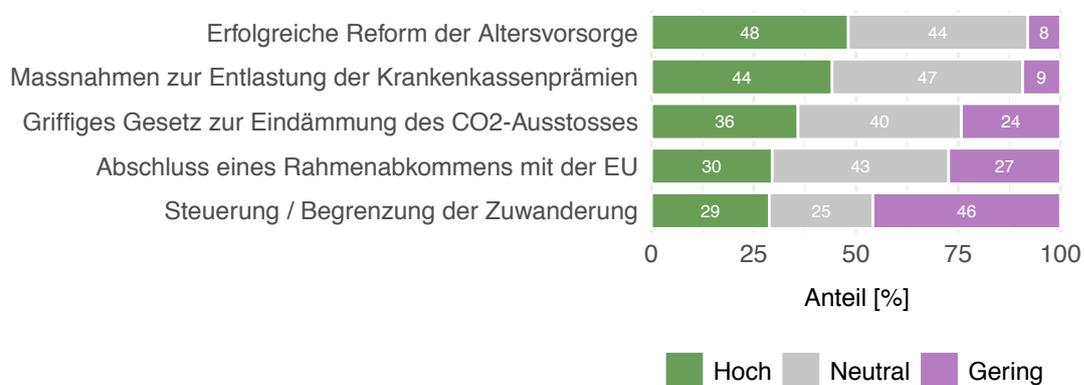


Abbildung 31: Dringlichkeit von Themen, für welche die Befragten vom neuen Parlament Lösungen erwarten

6 Themenfokus 2019

6.1 Klimawahl

Das Klimathema stand zweifellos im Zentrum dieser Wahlen. Der Klimawandel ist der meistgenannte Faktor für den Wahlentscheid. Zugleich geben allerdings mit 10 Prozent nur relativ wenig Befragte an, eigens aufgrund dieser Thematik an der Wahl teilgenommen zu haben. Dabei bestehen allerdings deutliche Unterschiede zwischen den Parteien. Bei den Grünen geben immerhin 28 Prozent an, eigens aufgrund dieses Themas zu Wahl gegangen zu sein. Bei der GLP sind es immerhin 16 Prozent.

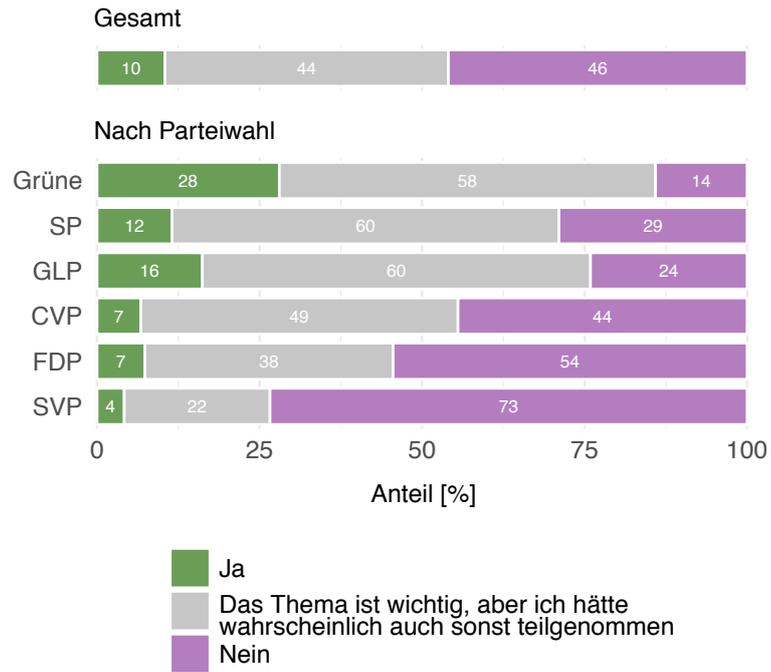


Abbildung 32: War das Klimathema ein Grund für Ihre Teilnahme an den Wahlen?

Trotz des überdeutlichen Siegs der ökologischen Parteien, ist die Implementierung griffiger Klimamassnahmen keineswegs unumstritten. Seit der ersten entsprechenden Abfrage im Juni 2019 nimmt der Widerstand gegen Klimamassnahmen, die mit im Alltag deutlich spürbare Kostenfolgen nach sich ziehen, seit Juni tendenziell zu. In der Herbstsession nahm sich der Ständerat dieser Thematik an, indem er das CO₂-Gesetz behandelte und verschärfte. Klimapolitik wurde dadurch auf einmal konkret und neben der Sorge um den Klimawandel rückten erstmals auch die Kosten von Klimaabgaben in den Vordergrund. Am Wahltag befürwortete noch eine Mehrheit von 54 Prozent entsprechende Massnahmen.

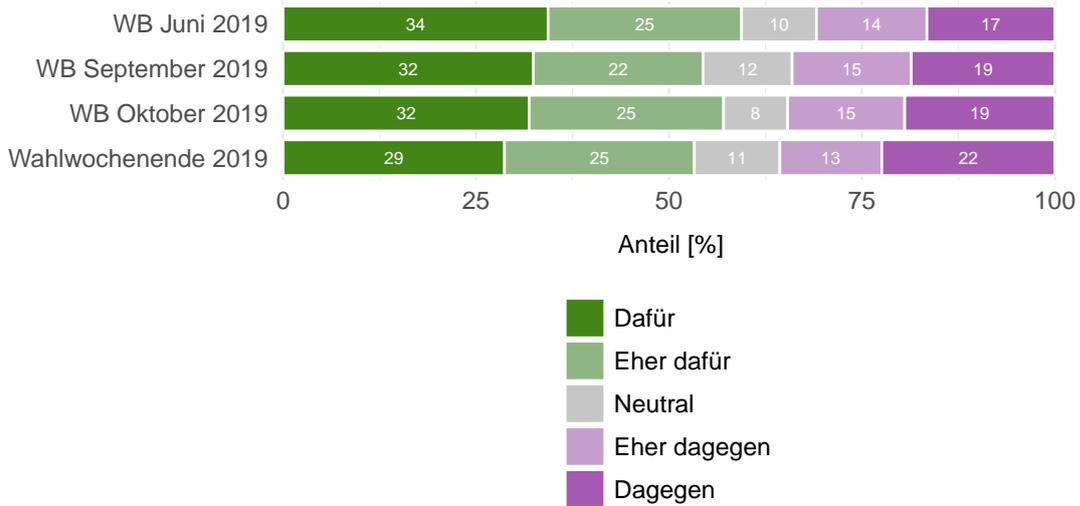


Abbildung 33: Beurteilung von Klimamassnahmen mit im Alltag deutlich spürbaren Kostenfolgen – Zeitreihe

Einzig die Wählerschaft der SVP ist klar gegen eine Klimapolitik mit spürbaren Kostenfolgen. Beinahe geschlossen dahinter steht die Basis von Grünen, GLP und SP. Im bürgerlichen Spektrum ist der Widerstand dagegen durchaus substanziell. Bei den Wählenden der FDP stellt sich nur eine relative Mehrheit von 45 Prozent hinter entsprechende Massnahmen. 39 Prozent sind dagegen. Dies zeigt bereits mögliche neue Bruchlinien in der neuen Legislatur. Und es zeigt, dass ein hartes Stück Arbeit vor dem neuen Parlament liegt, wenn es die Stimmbevölkerung für ein griffiges CO₂-Gesetz gewinnen will.

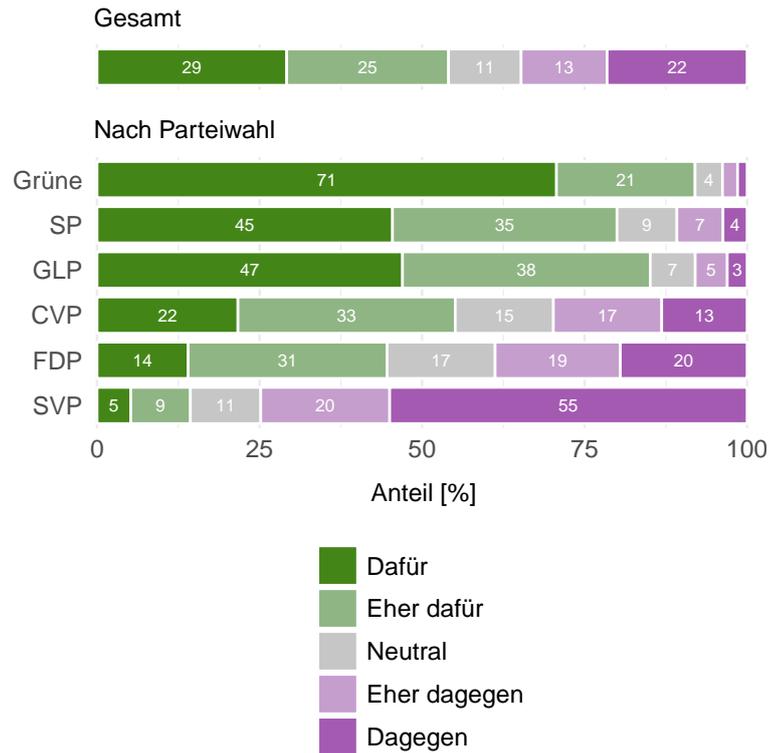


Abbildung 34: Beurteilung von Klimamassnahmen mit im Alltag deutlich spürbaren Kostenfolgen. Nach Parteiwahl

Trotz verbreiteter Skepsis gegenüber Klimamassnahmen mit deutlichen Kostenfolgen bei der FDP ist eine knappe Mehrheit ihrer Wählerschaft der Ansicht, dass der Kurswechsel der Partei strategisch richtig war. Nur 18 Prozent finden ihn falsch. Einzig unter den SVP-Wählenden ist ein substantieller Anteil der Ansicht, dass der Kurswechsel der FDP falsch war.

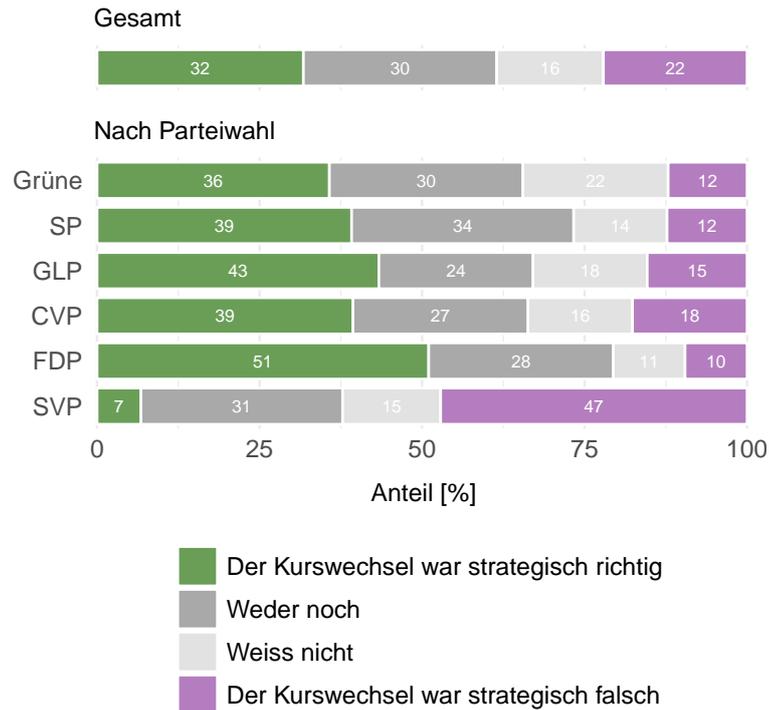


Abbildung 35: Wie schätzen Sie diesen Kurswechsel in Bezug auf den Wahlkampf der FDP ein? Nach Parteiwahl

6.2 Frauenwahl

Spätestens nach dem nationalen Frauenstreik am 14. Juni 2019 wurde auch das Thema der Gleichberechtigung der Frauen zu einem wichtigen Thema im Wahlkampf 2019. Abbildung 36 zeigt, wie wichtig den Befragten eine ausgeglichene Vertretung der Geschlechter im Parlament ist. Eine grosse Mehrheit der Frauen (ca. 70%) finden es wichtig, dass die Geschlechter im Parlament ausgeglichen vertreten sind. Dem gegenüber findet dieses Anliegen mit 52 Prozent bei den Männern nur eine knappe Mehrheit.

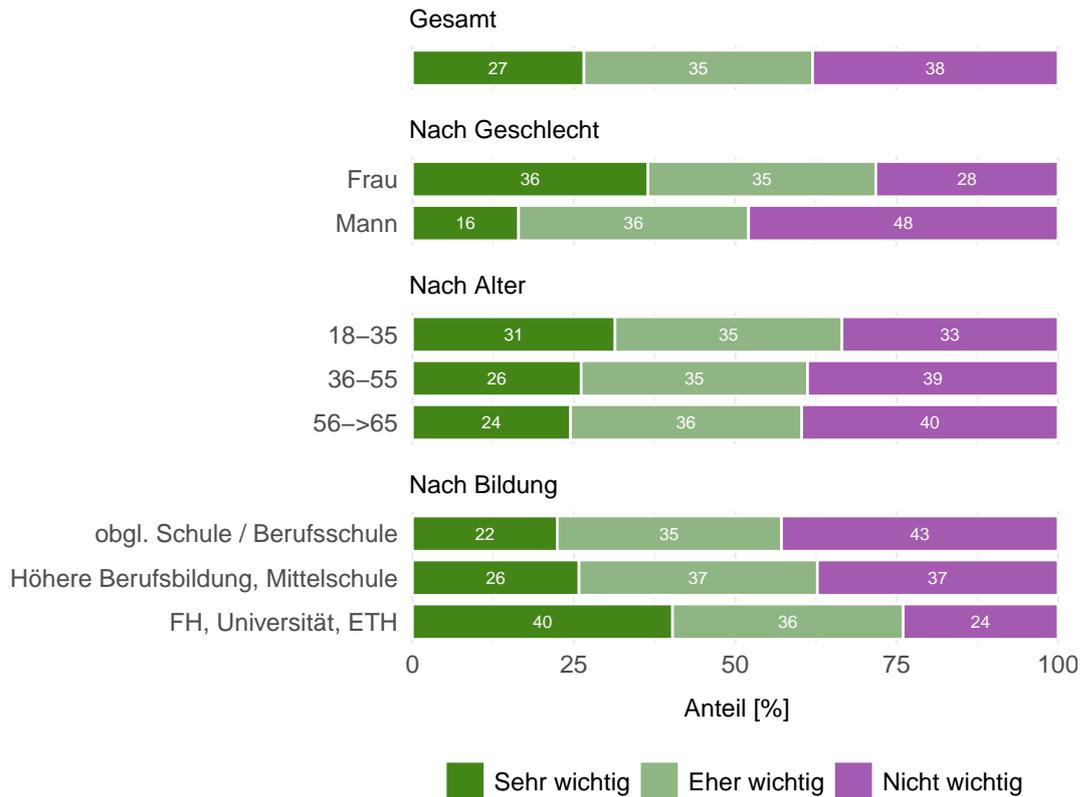


Abbildung 36: Wie wichtig ist für Sie eine ausgeglichene Vertretung der Geschlechter im Parlament? Nach soziodemographischen Variablen

Noch stärker als vom Geschlecht hängt die Einstellung zum Gleichberechtigungsthema von der politischen Ausrichtung ab. Abbildung 37 zeigt einen massiven Links-rechts-Gegensatz. Eine repräsentativere Vertretung der Frauen im Parlament ist insbesondere im Mitte-Links-Spektrum ein Anliegen.

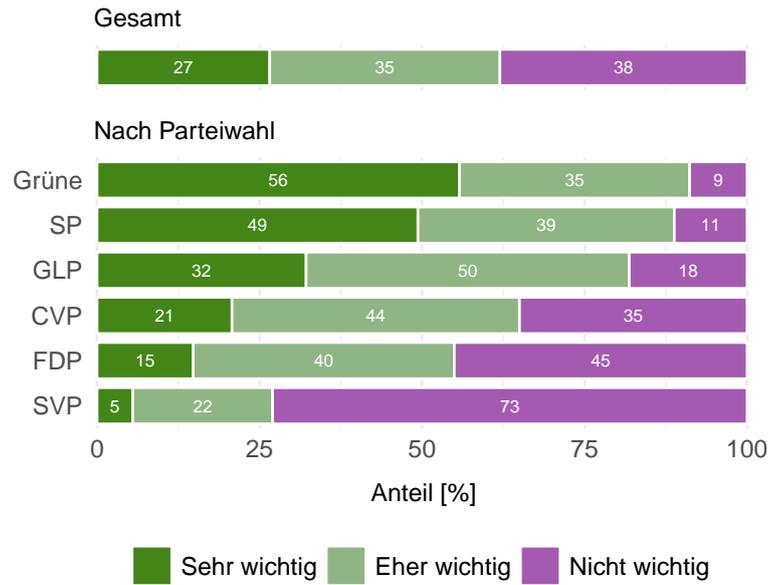


Abbildung 37: Wie wichtig ist für Sie eine ausgeglichene Vertretung der Geschlechter im Parlament? Nach Parteiwahl

Der Frauenanteil im Nationalrat ist sehr deutlich von 32 auf 42 Prozent gestiegen. Dies hängt zum einen mit dem grösseren Anteil und besseren Platzierungen der Frauen auf den Listen zusammen, es ist aber auch eine Folge einer gezielten Frauenwahl: Wie Abbildung 38 zeigt, haben 42 Prozent der Frauen bewusst möglichst viele Frauen gewählt. Dasselbe taten immerhin auch 24 Prozent der Männer. Jüngere Wählende geben zwar häufiger an als ältere, dass ihnen eine ausgeglichene Vertretung der Geschlechter wichtig sei im Parlament. Dennoch haben jüngere weniger oft gezielt möglichst viele Frauen gewählt.

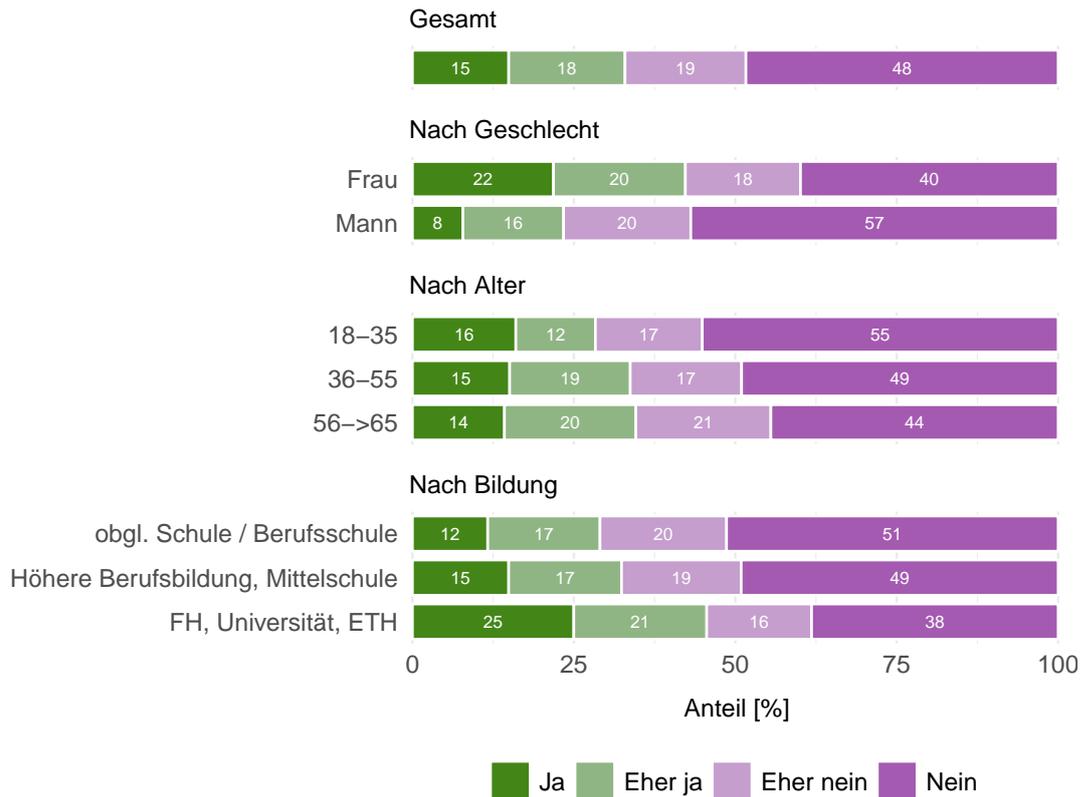


Abbildung 38: Haben Sie bei den Nationalratswahlen bewusst möglichst viele Frauen gewählt? Nach soziodemographischen Variablen

Auch bei der Bemühung, möglichst viele Frauen zu wählen, zeigt sich der Gegensatz zwischen den politischen Lagern: Insbesondere Wählende der linken Parteien geben an, dies getan zu haben, während sich bei den rechten Parteien besonders viele Wählende explizit davon distanzieren.

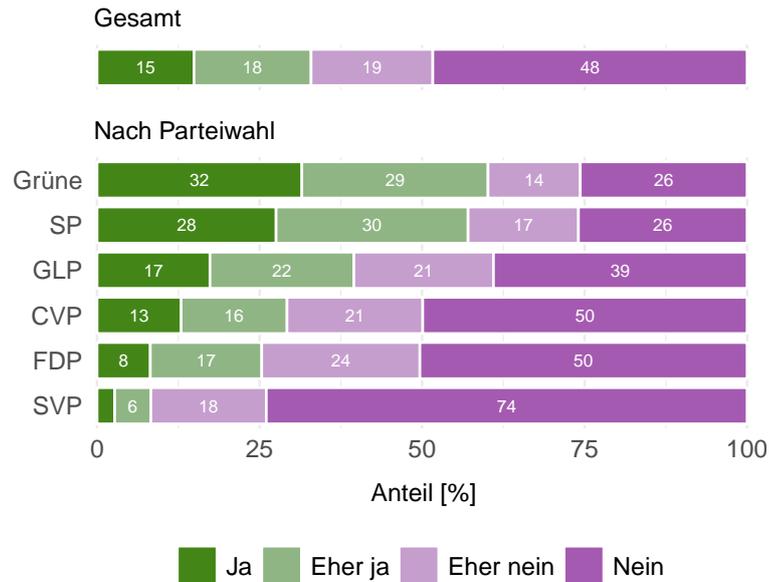


Abbildung 39: Haben Sie bei den Nationalratswahlen bewusst möglichst viele Frauen gewählt? Nach Parteiwahl

Auch wenn längst nicht alle Wählenden gezielt Frauen gewählt haben, gab es keine nennenswerte Gegenbewegung dazu. Nur 9 Prozent der Wählenden haben bewusst möglichst viele Männer gewählt. Einzig bei der SVP findet sich mit 18 Prozent ein substanzieller Anteil, der dies gemacht hat. Das ist doppelt so viel wie jene 9 Prozent SVP-Wählende, die angeben, gezielt möglichst viele Frauen gewählt zu haben.

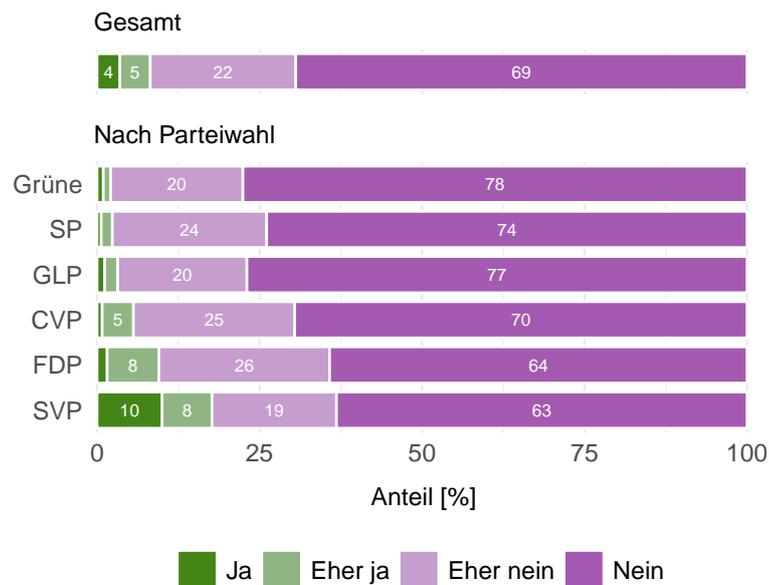


Abbildung 40: Haben Sie bei den Nationalratswahlen bewusst möglichst viele Männer gewählt? Nach Parteiwahl

6.3 Anti-Lobbywahl

In den letzten Wochen vor den Wahlen wurde auch der Einfluss von Lobbyismus auf die Parlamentsmitglieder in den Medien verstärkt thematisiert. Damit wurde durchaus ein auch aus der Sicht der Stimmenden relevantes Thema angesprochen. Wie Abbildung 41 zeigt, finden 83 Prozent der Befragten finden den Einfluss von Lobbyisten und Firmen auf die Parlamentsmitglieder problematisch. Wählende rechter Parteien empfinden solche Einflüsse öfters als nicht problematisch als solche der Parteien im Mitte-Links Spektrum.

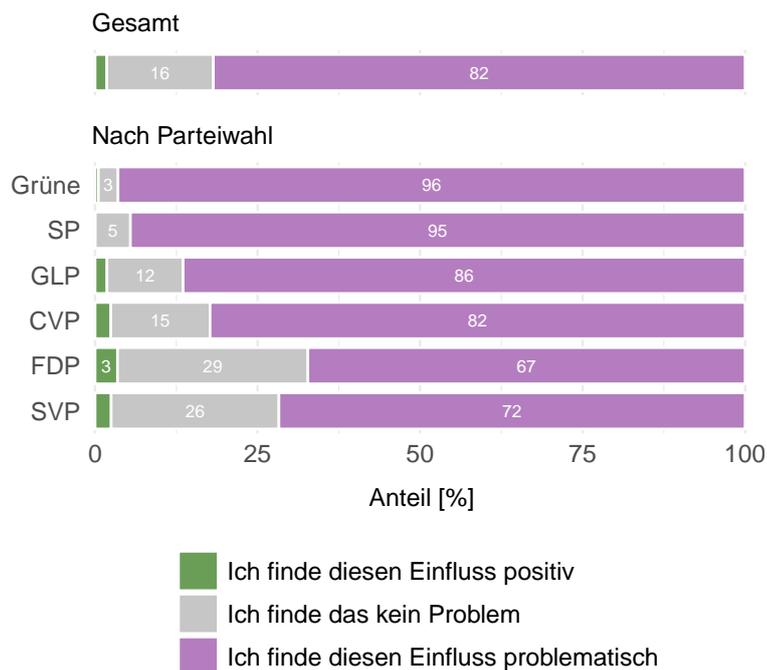


Abbildung 41: Wie beurteilen Sie den Einfluss von Lobbyisten und Firmen auf die Parlamentsmitglieder?

Trotz der Tatsache, dass ein grosser Teil der Wählenden Lobby-Einflüsse als problematisch einschätzt, gibt auch eine relativ grosse Mehrheit an, dass Interessenbindungen und Mandate der Kandidierenden kein Faktor in ihrem Wahlentscheid waren. Wählende von Mitte-Links Parteien achten etwas öfters darauf, bewusst Kandidierende mit möglichst wenigen Interessenbindungen auf ihre Wahlzettel zu schreiben. Auffällig ist, dass bei der Parteiwählerschaft der SVP ein etwas grösserer Anteil angibt, bewusst Kandidierende mit bestimmten Interessenbindungen und Mandaten zu wählen. Dies sind vermutlich insbesondere Wählende, denen die Landwirtschaftspolitik am Herzen liegt und die deshalb vermehrt Bauernvertreter in den Nationalrat wählen.

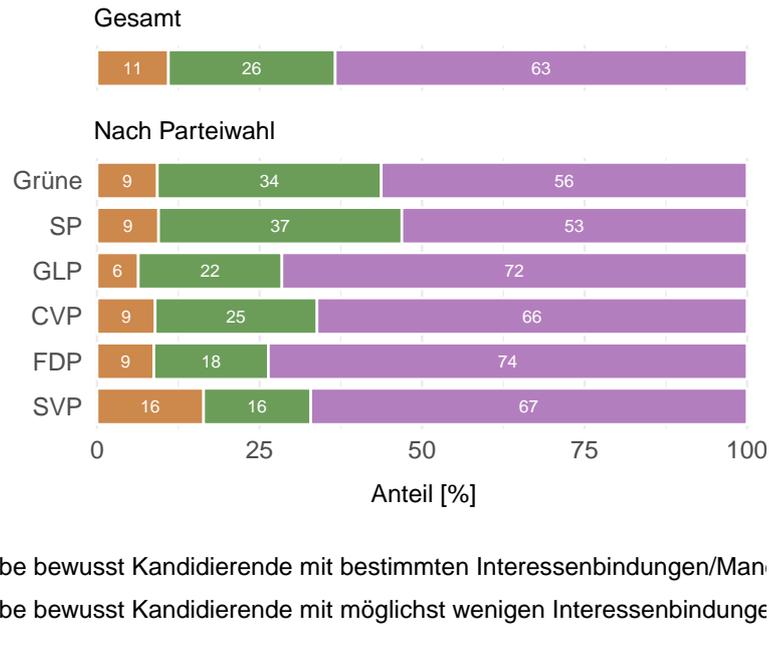


Abbildung 42: Waren Interessenbindungen und Mandate der Kandidierenden ein Faktor in Ihrem Wahlentscheid?

7 Einfluss der Wahl auf die Bundesratszusammensetzung

Wie schätzen die Wählenden den Wahlausgang in Bezug auf die Zusammensetzung des Bundesrates ein? Diese Fragen wurden den Teilnehmenden an der Umfrage erst nach Bekanntgabe der provisorischen Ergebnisse am Sonntag um 16 Uhr gestellt.

7.1 Mehrheit wünscht sich einen Grünen (oder grünliberalen) Bundesrat

60 Prozent der Wählenden sind der Ansicht, dass die Grünen (oder allenfalls die Grünliberalen) einen Sitz im Bundesrat erhalten sollten. Interessant ist dabei besonders die Haltung der Wählenden der CVP. Als Mehrheitsmacherin in der Bundesversammlung ist sie entscheidend für die Frage, ob ein Wechsel mehrheitsfähig ist. Dabei zeigt es sich, dass eine Mehrheit von 55 Prozent der CVP-Wählerschaft sich einen Bundesrat aus dem ökologischen Spektrum wünscht. Interessanterweise unterstützen dies auch 48 Prozent der Wählenden der FDP.

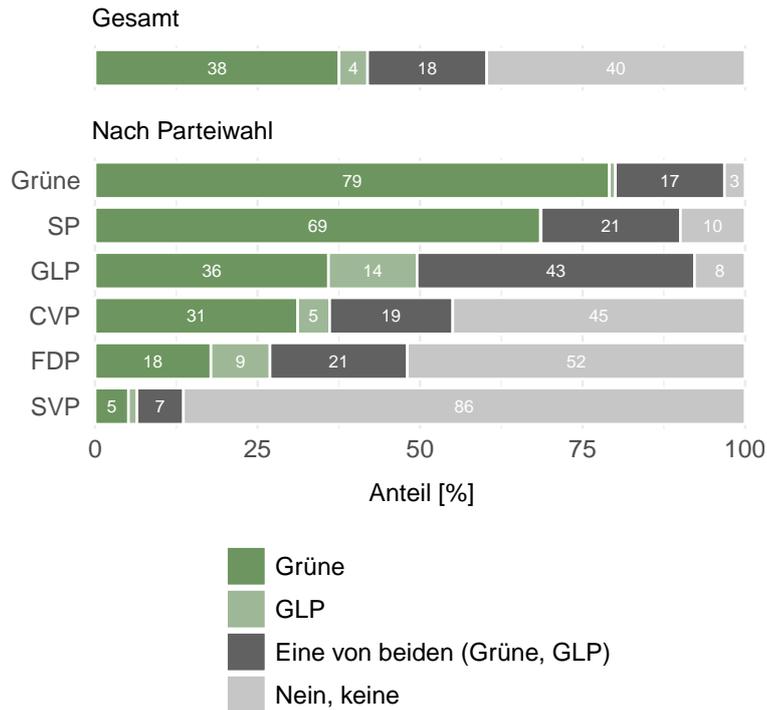


Abbildung 43: Einschätzung, ob aufgrund des Wahlergebnisses eine Partei neu einen Bundesratssitz erhalten sollte

7.2 FDP- oder SVP-Sitz im Fokus

Wenn die Grünen einen Sitz im Bundesrat erhalten, wer sollte dann auf einen Sitz verzichten? Die Frage nach dem Verzicht auf einen Sitz wurde dabei unabhängig von der Frage gestellt, wer einen Sitz erhalten sollte. Typischerweise unterscheidet sich hier die Einschätzung deutlich nach Parteianhängerschaften. Insgesamt sind aber 27 Prozent der Ansicht, dass die FDP auf einen Sitz verzichten müsste. 20 Prozent sind der Ansicht, dass die SVP auf einen Sitz verzichten sollte. Nur 9 Prozent sind der Ansicht, dass die CVP ihren Sitz abgeben soll.

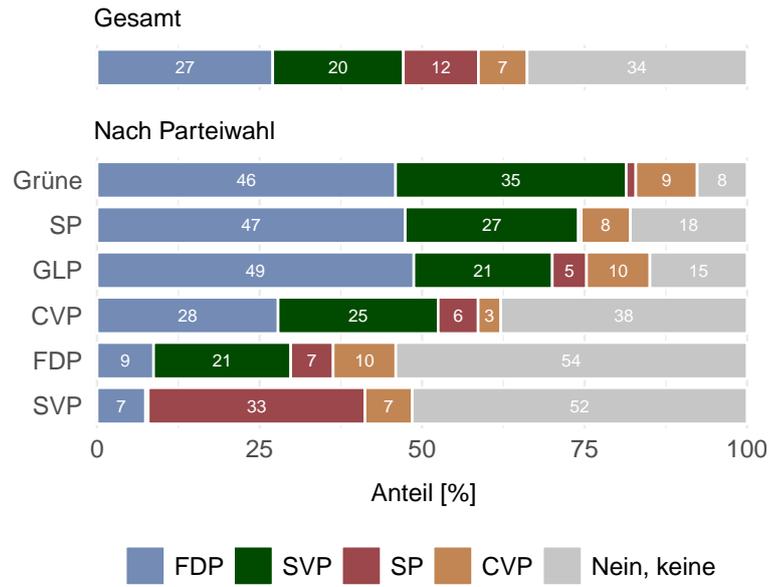


Abbildung 44: Einschätzung, ob aufgrund des Wahlergebnisses eine der bisherigen Bundesratsparteien einen Sitz abgeben sollte

8 Datenerhebung und Methode

Datenerhebung und Stichprobe

Die Datenerhebung zur SRG SSR Wahltagsbefragung fand vom 18. bis am 21. Oktober 2019 statt. Die Befragung erfolgte online. Die Rekrutierung der Befragten fand einerseits über die Webportale von SRG SSR, andererseits via Online-Panel von sotomo statt. Nach der Bereinigung und Kontrolle der Daten konnten die meisten Auswertungen auf den Angaben von insgesamt 20 645 Stimmberechtigten basieren. Die Auswertungen zum Profil der Parteienwählerschaften (Kapitel 3) und der wichtigsten politischen Herausforderungen (Kapitel 5) wurden zeitlich allerdings etwas früher abgeschlossen, weshalb hier die Angaben von 17 392 Stimmberechtigten verwendet werden. Die Fragen über die Bundesratszusammensetzung (Kapitel 7) und die Gründe der Verluste wurden erst nach der Veröffentlichung der ersten nationalen Hochrechnung (20. Oktober, 16 Uhr) abgefragt. Deshalb wurden für diese Auswertungen die Angaben von 4194 Stimmberechtigten berücksichtigt.

Repräsentative Gewichtung

Da sich die Teilnehmenden der Umfrage selber rekrutieren (opt-in), ist die Zusammensetzung der Stichprobe nicht repräsentativ für die Grundgesamtheit. So nehmen typischerweise mehr Männer als Frauen an politischen Umfragen teil. Den Verzerrungen in der Stichprobe wird mittels statistischer Gewichtungsverfahren entgegengewirkt. Die Gewichtung erfolgt dabei mittels IPF-Verfahren (*Iterative Proportional Fitting*). Neben räumlichen (Wohnort) und soziodemographischen (Alter, Geschlecht, Bildung) Gewichtungskriterien werden dabei auch politische Gewichtungskriterien beigezogen (Stimm- und Wahlverhalten, regionale Parteienstruktur usw.). Durch die Gewichtung wird eine hohe Repräsentativität für die aktive Stimmbevölkerung erzielt. Der Stichprobenfehler, wie er für Zufallsstichproben berechnet wird, lässt sich nicht direkt auf politisch gewichtete opt-in Umfragen übertragen. Generell ist die Repräsentativität dieser Befragung jedoch vergleichbar mit einer Zufallsstichprobe mit einem Stichprobenfehler von $\pm 1,1$ Prozentpunkten. Für die Auswertungen zum Profil der Parteienwählerschaften und der wichtigsten politischen Herausforderungen gehen wir entsprechend von einem Stichprobenfehler von $\pm 1,2$ Prozentpunkten aus, für die Fragen zur Bundesratszusammensetzung und zu den Gründen für die Verluste von einem Stichprobenfehler von $\pm 2,5$ Prozentpunkten.

